



Bern, 26. September 2025

Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention

Bericht des Bundesrates
in Erfüllung des Postulats 23.3205 Engler
vom 16. März 2023

Zusammenfassung

Der Bundesrat legt diesen Bericht in Erfüllung des Postulats von Ständerat Stefan Engler 23.3205 «Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität?» vom 16. März 2023 vor. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem detaillierten Bericht eine Bestandesaufnahme zu den Themen Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention vorzunehmen. Das Postulat wurde am 15. Juni 2023 vom Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen.

Der Bericht führt basierend auf Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik die Entwicklung der Anzahl polizeilich beschuldigter Minderjährigen zwischen den Jahren 2009 und 2024 auf. Diese zeigt, dass die Zahl der wegen Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB) beschuldigten Minderjährigen zwischen 2009 und 2016 mit einem deutlichen Rückgang kontinuierlich sank, in den Folgejahren stieg dieser Wert mit leichten Schwankungen wieder moderat an. Das Niveau von 2009 wurde jedoch nicht mehr erreicht. In den Jahren 2023 und 2024 zeigte sich eine leichte Stabilisierung. Setzt man die Anzahl der Beschuldigten ins Verhältnis zur Zahl der ständig in der Schweiz wohnhaften Minderjährigen, ergibt sich ein Rückgang von 1,9 % im Jahr 2009 auf 1,2 % im Jahr 2024. Bei Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) war zwischen 2009 und 2017, anders als bei Straftaten gegen das StGB, eine leicht steigende Tendenz der Anzahl beschuldigter Minderjähriger zu beobachten; seither sinkt die Zahl kontinuierlich. Die Beschuldigtenrate relativ zur ständig in der Schweiz wohnhaften minderjährigen Bevölkerung ging von 0,7 % (2009) auf 0,2 % (2024) zurück.

Sowohl 2016 als auch 2024 wurden Minderjährige vor allem wegen Straftaten gegen das Vermögen (z. B. Sachbeschädigung, Ladendiebstahl) beschuldigt, gefolgt von Straftaten gegen die Freiheit (z. B. Hausfriedensbruch, Drohung) und Delikten gegen Leib und Leben (z. B. Tötlichkeiten, einfache Körperverletzung). Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen wird jedoch nicht straffällig, während ein Grossteil der Straftaten von einer kleinen Minderheit begangen wird. Dies zeigen auch Daten einer Schweizer Dunkelfeldbefragung. Die Forschungsliteratur zeigt auch, dass Jugendkriminalität in den meisten Fällen einen episodischen Verlauf nimmt. Das heisst, kriminelle Aktivitäten nehmen im frühen Jugendalter zu, erreichen ihren Höhepunkt in der mittleren bis späten Jugend und gehen danach deutlich zurück. Nur ein geringer Anteil der Jugendlichen setzt sein kriminelles Verhalten auch im Erwachsenenalter fort.

Die Ursachen für Jugenddelinquenz sind komplex und vielfältig; es sind nicht einzelne Faktoren, sondern ein Zusammenspiel von individuellen, sozialen und strukturellen Risikofaktoren, die delinquente Verhaltensweisen begünstigen. Der vorliegende Bericht beleuchtet dazu Erkenntnisse aus nationaler und internationaler Forschung. Der Komplexität der Ursachen von Jugendkriminalität entsprechend, erfordert auch die Prävention von delinquentem Verhalten ein ganzheitliches und differenziertes Vorgehen, das verschiedene Interventionsansätze integriert und auf unterschiedlichen Ebenen ansetzt. Der Bericht geht dazu sowohl auf universelle Präventionsmassnahmen ein, die sich an alle Jugendlichen richten, als auch auf selektive und indizierte Massnahmen, die besonders risikobehaftete Gruppen adressieren beziehungsweise Jugendliche, die bereits delinquente Verhaltensweisen aufweisen.

In der Straftheorie wird unterschieden zwischen Spezialprävention und Generalprävention. Bei der Spezialprävention soll eine Strafe die verurteilte Person davon abhalten, rückfällig zu werden. Die Generalprävention zielt auf die Gesellschaft und soll diese von der Begehung einer Tat abschrecken. Das Schweizerische Jugendstrafrecht ist hauptsächlich als Täter- und Massnahmenstrafrecht konzipiert. Damit bietet es eine optimale Grundlage für indizierte Massnahmen, die sich an der individuellen Situation der Täterinnen und Täter orientieren. Im Vordergrund stehen dementsprechend spezialpräventive Zwecke, wobei Straftäterinnen und -täter zwischen dem vollendeten 10. und dem vollendeten 18. Altersjahr durch altersgemässe Strafen und/oder erzieherische und therapeutische Massnahmen von weiteren Delikten abgehalten werden sollen. Dies basiert auf der Erkenntnis, dass hohe Strafandrohungen vor allem auch bei Jugendlichen, die oft impulsiv handeln, im Sinne der Generalprävention keine abschreckende Wirkung haben.

Das Jugendstrafgesetz folgt seit der Revision im Jahr 2007 dem Prinzip des Dualismus, genauer dem sogenannten dualistisch-vikariierenden System. Damit ist zusätzlich zu einer Schutzmassnahme grundsätzlich auch eine Strafe zu verhängen. Es können ausserdem nicht nur Schutzmassnahmen und Strafen miteinander, sondern auch Schutzmassnahmen und Strafen untereinander kombiniert werden. Die Flexibilität des Jugendstrafrechts erlaubt somit eine Vielzahl von Sanktionsmöglichkeiten. Die im Jahr 2012 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz durchgeführte Evaluation des seit 1. Januar 2007 geltenden Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht (JStG) beurteilte das JStG generell als wirksam. Diese Einschätzung wird von den Akteurinnen und Akteuren der Jugendstrafrechtspflege auch heute noch geteilt. Abgesehen von der genannten Evaluation gibt es in der Schweiz keine aktuellere Studie zur Wirksamkeit von Sanktionen im Jugendstrafrecht bzw. zur Verhinderung von Rückfällen. Der vorliegende Bericht führt auf, wie komplex die Untersuchung der Frage, wie sich jugendstrafrechtliche Sanktionen hinsichtlich der Verhinderung zukünftiger Straftaten auswirken, ist.

Der Bericht geht – wie im Wortlaut des Postulats angeregt – auch der Frage nach einer möglichen Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kindesschutzes nach. Die Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Behörden des Jugendstrafrechts und des Zivilrechts ist im JStG und im Zivilgesetzbuch (ZGB) geregelt. Die Organisation dieser Zusammenarbeit ist je nach Kanton sehr unterschiedlich umgesetzt und, sofern bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sind, können auch verschiedene Organisationsformen funktionieren. Der Bundesrat erachtet eine generelle Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kindesschutzes entsprechend nicht als zielführend. Er empfiehlt den Kantonen, ihre Systeme zu analysieren und bei Bedarf Anpassungen der bestehenden kantonalen Regelungen zur Behördenzusammenarbeit vorzunehmen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu stärken.

In seinen Schlussfolgerungen hält der Bundesrat fest, dass die in der Schweiz bestehenden Präventionsbemühungen im Bereich der Jugendkriminalität weiterzuführen und gestützt auf Wirkungsanalysen weiterzuentwickeln sind. Die Zuständigkeit für die Prävention von Jugendkriminalität liegt in erster Linie bei den Kantonen, während der Bund subsidiär tätig ist, indem er verschiedene Massnahmen mit Finanzhilfen unterstützt, selbst Massnahmen durchführt oder sich an Initiativen Dritter beteiligt. Bei allen Präventionsbemühungen gilt es, die Massnahmen der Akteure verschiedener Bereiche – wie beispielsweise Schule, Berufsbildung, Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei, Jugendanwaltschaft, sozialpädagogische Institutionen sowie (forensische) psychotherapeutische Einrichtungen – aufeinander abzustimmen und zu koordinieren.

Die Schweiz verfügt aus Sicht des Bundesrats mit dem Schweizerischen Jugendstrafgesetz über ein sehr taugliches Instrument. Es scheint dem Bundesrat notwendig, dass die kantonalen Jugendstrafbehörden die Öffentlichkeit und die Fachwelt noch besser über die Ziele und Möglichkeiten des Jugendstrafrechts informieren. Der Bund wird parallel dazu seine Informationen zum Jugendstrafrecht verbessern. Der Bundesrat regt ausserdem an, vermehrt die Anwendung von Mediationsverfahren, welchen eine hohe spezialpräventive Wirksamkeit zugeschrieben wird, zu prüfen.

Einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf bezüglich des Jugendstrafrechts sieht der Bundesrat hingegen nicht. Ein Problemfeld betrifft vielmehr die Betreuung von straffälligen Jugendlichen. Diese wird immer herausfordernder. Es fehlt an genügend geeigneten stationären Plätzen in Erziehungseinrichtungen. Der Ausbau von Vollzugsangeboten fällt in die Zuständigkeit der Kantone; der Bund kann die Kantone dabei finanziell unterstützen. Der akute Fachkräftemangel – insbesondere im psychiatrischen Bereich – erschwert den Ausbau von geeigneten Plätzen zusätzlich.

Schliesslich gilt es aus Sicht des Bundesrats, die Entwicklung der Jugendkriminalität im Auge zu behalten, sowohl anhand der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik als auch anhand von Dunkelfeldbefragungen Dritter.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	8
1.1	Auftrag	8
1.2	Aufbau des Berichts	9
2	Daten zu Jugendkriminalität	10
2.1	Statistische Quellen beim Bundesamt für Statistik	10
2.2	Entwicklung der minderjährigen Beschuldigten.....	10
2.2.1	Straftaten gegen das Strafgesetzbuch	10
2.2.2	Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz.....	12
2.2.3	Gegenläufige Entwicklung StGB und BetmG	12
2.2.4	Die einzelnen Straftaten	12
2.3	Vergleich beschuldigte und verurteilte Jugendliche	13
2.4	Ausgesprochene Sanktionen	13
2.5	Entwicklung des Alters, Verteilung nach Geschlecht	14
2.6	Cybermobbing.....	15
2.7	In Gruppen begangene Straftaten.....	15
2.8	Dunkelfeldstudien	16
3	Ursachen von Jugendkriminalität	18
4	Prävention	20
4.1	Universelle Präventionsmassnahmen	20
4.2	Selektive Präventionsmassnahmen	21
4.3	Indizierte Präventionsmassnahmen	21
4.4	Beurteilung.....	22
5	Grundzüge des Jugendstrafrechts, Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen und deren Vollzug.....	23
5.1	Grundzüge des Jugendstrafrechts	23
5.1.1	Schutzmassnahmen.....	23
5.1.2	Strafen	24
5.1.3	Kombination von Schutzmassnahmen und Strafen	25
5.1.4	Mediation als Form der Wiedergutmachung	25
5.1.5	Revision des Jugendstrafgesetzes vom Juni 2024	26
5.2	Evaluation Jugendstrafrecht.....	26
5.3	Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen.....	28
5.3.1	Einleitende Bemerkungen	28
5.3.2	Zusammenhang zwischen Strafandrohung und Deliktverhalten	28
5.3.3	Der Einfluss von Sanktionen auf Rückfälle Minderjähriger.....	29
5.4	Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen	30

6	Frage nach der Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kindesschutzes	32
6.1	Geltende Regelungen	32
6.2	Beurteilung	33
7	Schlussfolgerungen des Bundesrates.....	34
8	Literaturverzeichnis	38
Anhang.....		41
	Anhang 1: Wortlaut des Postulats und Stellungnahme des Bundesrates.....	41
	Anhang 2: Detaillierte Zahlen zur Entwicklung der minderjährigen Beschuldigten – Vergleich zwischen den Jahren 2016 und 2024	43

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anzahl polizeilich registrierte minderjährige Beschuldigte	11
Abbildung 2:	Hauptsanktion 2024.....	13
Abbildung 3:	StGB: Anzahl polizeilich registrierte minderjährige Beschuldigte nach Alterskategorie	14
Abbildung 4:	Prozentuale Verteilung der StGB-Straftaten nach Anzahl beteiligter Minderjähriger	16

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Fremdplatzierungen: Strafrechtlich platzierte Jugendliche am 31.01.2025, nach Platzierungsart.....	14
-------------------	--	----

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AlG	Ausländer- und Integrationsgesetz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BetmG	Betäubungsmittelgesetz
BGE	Bundesgerichtsentscheid
BJ	Bundesamt für Justiz
BFS	Bundesamt für Statistik
Bst.	Buchstabe
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
E.	Erwägung
ebd.	ebenda
EDI	Eidgenössische Departement des Innern
EJPD	Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement
et al.	et alia (= und andere)
Hrsg.	Herausgeber
i. V. m.	in Verbindung mit
JStG	Jugendstrafgesetz
JStPO	Jugendstrafprozessordnung
JUSAS	Statistik der Jugendstrafurteile und des Jugendsanktionsvollzugs
JUSUS	Jugendstrafurteilsstatistik
LSMG	Bundesgesetz über die Leistungen des Bundes im Straf- und Massnahmenvollzug
N	Note
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch

1 Einleitung

1.1 Auftrag

Am 16. März 2023 reichte Ständerat Stefan Engler das Postulat 23.3205 «Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität?» mit folgendem Wortlaut ein:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem detaillierten Bericht eine Bestandesaufnahme zu den Themen Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention vorzunehmen.

Er prüft insbesondere folgende Fragen:

- nehmen die von Minderjährigen in der Schweiz begangenen Straftaten und bezüglich welcher Delikte zu?
- in wievielen Fällen kommt es zu Verurteilungen und welche sind die ausgesprochenen Sanktionen (Strafen und Schutzmassnahmen)?
- werden Täter und Täterinnen immer jünger?
- lässt sich aus der Statistik eine Tendenz zunehmender Jugendgewalt auch in der Form von Cybermobbing, von Drogendelikten und von in Gruppen begangenen Straftaten herauslesen?
- wieso werden Jugendliche straffällig? Was für eine Rolle spielen Faktoren wie soziale Schicht, Urbanität, Geschlecht und Herkunft, Bildung und Arbeit und das Freizeitverhalten?
- wie wirken sich jugendstrafrechtliche Sanktionen hinsichtlich der Verhinderung zukünftiger Straftaten aus?
- welche sozialpolitischen Massnahmen wirken präventiv? Bestehen Lücken in der Prävention?
- die Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kindesschutzes?
- besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Falls ja, in welchen Bereichen?

Der Bundesrat beantragte am 17. Mai 2023 die Ablehnung des Postulates mit Verweis auf bereits bestehende umfassende Statistiken, das Vorliegen diverser Studien zur Wirksamkeit der Sanktionen und der Prävention, die umfangreichen Aktivitäten des Bundes in der Gewaltprävention sowie die Zufriedenheit der Praxis mit den aktuellen Möglichkeiten im Jugendstrafrecht.¹

Das Postulat wurde am 15. Juni 2023 vom Ständerat an den Bundesrat überwiesen. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) wurde vom Bundesrat mit der Erstellung des Berichts in Erfüllung des Postulats beauftragt. Dieser wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) erarbeitet.

¹ Die ausführliche Stellungnahme des Bundesrates siehe Anhang 1.

Der vorliegende Bericht behandelt die oben genannten Fragestellungen dem Wortlaut des Postulats entsprechend mit dem Fokus auf (potenziell) straffällige Jugendliche. Die Perspektive der Opfer von Straftaten ist nicht Gegenstand des Berichts. Zudem wird die Frage, ob die Schweiz ein Problem mit Jugendkriminalität hat, in einem übergreifenden Ansatz untersucht, ohne dabei spezifische oder besonders gravierende Formen der Kriminalität hervorzuheben. So werden bspw. die Themen Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus in einem separaten Bericht vertieft betrachtet. Der Bundesrat ist daran, in Erfüllung des Postulats Molina 23.3136 vom 14. März 2023 «Gewalttätiger Extremismus in der Schweiz» einen Bericht zu erarbeiten zum Gefahrenpotential radikaler Gruppen in der Schweiz mit dem Fokus auf rechts-extreme, homophobe, rassistische und antisemitische Gruppen. Des Weiteren legt der Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus 2023–2027 (NAP gegen Radikalisierung) bereits einen gezielten Fokus auf präventive Massnahmen gegen die Radikalisierung junger Menschen.

1.2 Aufbau des Berichts

In Kapitel 2 wird aufgezeigt, welche Daten zu von Minderjährigen begangenen Straftaten in der Schweiz zur Verfügung stehen und wie sich die Jugendkriminalität seit 2009 entwickelt hat. Dabei werden sowohl Daten aus dem Hellfeld wie auch aus dem Dunkelfeld berücksichtigt.

Kapitel 3 und 4 fassen das aktuelle Wissen zu den Ursachen und zur Prävention von Jugenddelinquenz zusammen.

Kapitel 5 beschreibt die Grundzüge des Jugendstrafrechts und geht auf die Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen sowie deren Vollzug ein.

Kapitel 6 widmet sich der Frage der Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kindesschutzes.

Schliesslich folgen in 7 Kapitel die Schlussfolgerungen des Bundesrates.

2 Daten zu Jugendkriminalität

2.1 Statistische Quellen beim Bundesamt für Statistik

Um die quantitative Entwicklung der Jugendkriminalität zu beurteilen, stehen zwei vom Bundesamt für Statistik (BFS) erstellte Statistiken zur Verfügung. Zum einen die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die alle polizeilich registrierten Beschuldigten aufgrund von Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0), das Betäubungsmittelgesetz (BetmG; SR 812.121) und das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG; SR 142.20) enthält. Diese Statistik existiert in ihrer heutigen Form seit 2009.

Daneben verfügt das BFS über die Statistik der Jugendstrafurteile und des Jugendsanktionsvollzugs (JUSAS). Diese enthält alle vorsorglich angeordneten Schutzmassnahmen, alle Jugendurteile und zudem Daten zum Vollzug von Schutzmassnahmen und Strafen, die eine Fremdplatzierung der oder des Jugendlichen beinhalten. Die JUSAS besteht seit 2020 und löst die Jugendstrafurteilsstatistik (JUSUS) ab, die in einem beschränkteren Ausmass Zahlen zu den Jugendurteilen von 1999 bis 2019 führt.

Mittels dieser Daten kann die Entwicklung der Jugendkriminalität nur indirekt beurteilt werden. Änderungen des Anzeigeverhaltens oder der Aufklärungsquote können nicht berücksichtigt werden. Steigen oder sinken die Zahlen, kann es auch daran liegen, dass die Straftaten öfter oder seltener angezeigt werden oder dass mehr oder weniger Straftaten, an denen Jugendliche beteiligt waren, aufgeklärt wurden.

Die folgenden Ausführungen, bei denen die verschiedenen Kriminalitätsbereiche separat dargestellt werden, müssen unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen betrachtet werden.

2.2 Entwicklung der minderjährigen Beschuldigten

2.2.1 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch

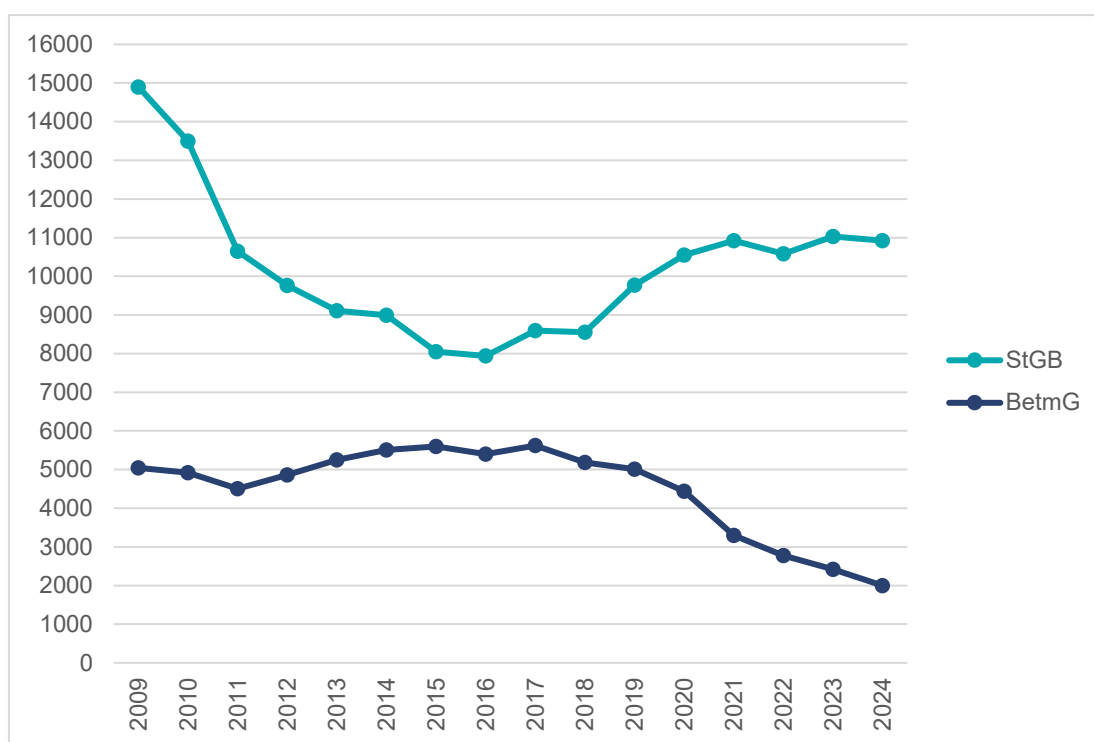
Während von 2009 bis 2016 die Anzahl Minderjähriger, die der Begehung einer Straftat gegen das StGB bei der Polizei beschuldigt wurden, mit einem deutlichen Rückgang kontinuierlich sank und im Jahr 2016 der tiefste Wert zu verzeichnen war, stieg dieser Wert in den Folgejahren mit leichten Schwankungen wieder moderat an. Das Niveau von 2009 wurde jedoch nicht mehr erreicht. In den Jahren 2023 und 2024 zeigte sich eine leichte Stabilisierung (Abbildung 1). Im Jahr 2024 wurden 10 918 minderjährige Beschuldigte aufgrund einer Straftat gemäss StGB registriert – ein Wert, der in etwa dem des Jahres 2011 entspricht. Der Anstieg zwischen 2016 und 2024 liegt bei 37,5 % (+ 2978 Personen).

Bei den jungen Erwachsenen (18–24 Jahre) ist seit 2009 – mit Ausnahme eines Anstiegs im Jahr 2012 – ein insgesamt moderater Abwärtstrend mit leichten Schwankungen bis 2021 erkennbar. Ab 2022 stiegen die Zahlen wieder leicht an und stabilisierten sich 2023 und 2024. Die Zahl sank von 16 595 Personen im Jahr 2009 (mit einem Höchstwert von 17 344 Beschuldigte im Jahr 2012) auf 13 790 Personen im Jahr 2024. Insgesamt verzeichnen beide Gruppen – Minderjährige und junge Erwachsene – im Zeitraum seit 2009 einen deutlichen Rückgang bei den beschuldigten Personen.

Im Gegensatz zu den Minderjährigen und jungen Erwachsenen zeigt sich bei den Erwachsenen ab 25 Jahren seit 2009 ein kontinuierlicher Anstieg bei der Zahl der polizeilich registrierten Beschuldigten einer Straftat gegen das StGB. Ausgehend von 48 666 Personen im Jahr 2009 stieg die Zahl mit einzelnen Schwankungen nahezu durchgehend an und erreichte 2024 einen Höchststand von 67 189 Beschuldigten.

Setzt man die Anzahl beschuldigter Minderjähriger ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl, zeigt sich, dass im Jahr 2009 1,9 % der ständig in der Schweiz wohnhaften Minderjährigen von der Polizei wegen einer Straftat gegen das StGB beschuldigt wurden, im Jahr 2024 waren es 1,2 %.² Der langfristige Trend weist auf eine Abnahme der Rate der minderjährigen Beschuldigten pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner hin, trotz kleiner Schwankungen in der zweiten Hälfte des Beobachtungszeitraums.

Abbildung 1: Anzahl polizeilich registrierte minderjährige Beschuldigte



Quelle: BFS – PKS

² Bei Belastungsraten der beschuldigten Personen wird berechnet, wie viele beschuldigte Personen (Zähler) auf X Einwohnerinnen und Einwohner der entsprechenden Wohnbevölkerung (Nenner) kommen. Dabei muss sichergestellt sein, dass die im Zähler betrachteten beschuldigten Personen zur Bezugsbevölkerung gehören. Diese Übereinstimmung ist nicht zwangsläufig gegeben, denn die Daten stammen aus zwei unterschiedlichen Quellen: der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP). In der Folge resultiert eine Beschränkung auf die ständige Wohnbevölkerung. In der STATPOP gehören auch Personen mit einem Ausweis L, F und N mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten in der Schweiz zur ständigen Wohnbevölkerung. In der PKS fehlt aber die Information über die Aufenthaltsdauer einer Person. Aus diesem Grund werden bei der Berechnung der Belastungsraten ausschliesslich Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer mit einem C- oder B-Ausweis (inkl. Ci-Ausweis, diplomatisches Personal, internationale Funktionär/innen) berücksichtigt. Bei den Minderjährigen schwankt der Anteil nach StGB beschuldigter Personen der ständigen Wohnbevölkerung am Total aller minderjährigen Beschuldigten von 2009 bis 2024 zwischen 80,3 % und 91,2 %.

2.2.2 Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz

Von 5043 Personen im Jahr 2009 sank die Zahl der minderjährigen Beschuldigten wegen einer Straftat gegen das BetmG – nach einem kurzzeitigen Anstieg zwischen 2012 und 2017, in dem zeitweise sogar über 5600 Minderjährige registriert wurden – kontinuierlich ab. Die Differenz zwischen 2017 und 2024 liegt bei - 64,4 % (- 3621 Personen). Der tiefste Wert (1999) im gesamten Beobachtungszeitraum wurde im Jahr 2024 erreicht (Abbildung 1).

Minderjährige wurden sowohl im Jahr 2024 wie auch bereits im Jahr 2017 vor allem wegen Straftaten zum Zwecke des Eigenkonsums wie zum Beispiel Konsum und Besitz von Betäubungsmitteln als Beschuldigte registriert.

Im Zeitraum von 2009 bis 2024 ist bei der Anzahl der minderjährigen Beschuldigten pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, insbesondere in den letzten Jahren (ab 2021). Von 0,7 % im Jahr 2009 sank die Rate bis auf 0,2 % im Jahr 2024.³

2.2.3 Gegenläufige Entwicklung StGB und BetmG

Die in der Abbildung 1 sichtbare, jeweils entgegengesetzte Entwicklung von beschuldigten Personen aufgrund von StGB-Straftaten und BetmG-Straftaten überrascht. Diese Gegenläufigkeit der Beschuldigtenzahlen könnte sich dadurch erklären lassen, dass zu Zeiten, in denen viele Verzeigungen aufgrund von Straftaten gegen das StGB bei der Polizei eingehen, die Ressourcen für Kontrollen geringer sind. Kriminalität, die erst durch ein Aktivwerden der Polizei entdeckt wird, da es kein konkretes Opfer gibt, das Anzeige erstatten könnte, wird allgemein «Hol- oder Kontrollkriminalität» genannt. Es handelt sich um einen Kriminalitätsbereich, der sehr stark von den zur Verfügung stehenden Ressourcen bei den Strafverfolgungsbehörden abhängt. Betäubungsmittel- und Strassenverkehrskriminalität fallen in diese Kategorie. Aus diesem Grund sind die Beschuldigtenzahlen in diesem Kriminalitätsbereich nicht sehr aussagekräftig.

2.2.4 Die einzelnen Straftaten

Minderjährige wurden sowohl im Jahr 2024 wie auch im Jahr 2016 vor allem wegen Straftaten gegen das Vermögen wie zum Beispiel Sachbeschädigung und Ladendiebstahl polizeilich als Beschuldigte registriert, gefolgt von Straftaten gegen die Freiheit, wie zum Beispiel Hausfriedensbruch und Drohung, und solchen gegen Leib und Leben, wie zum Beispiel Tötlichkeiten und einfache Körperverletzung. Bei einem Vergleich zwischen den Jahren 2016 und 2024 beobachtet man mengenmässig die höchsten Anstiege mit einem Plus von mindestens 500 minderjährigen Beschuldigten bei den Straftaten gegen das Vermögen (+ 1253 Personen, + 25,0 %), gefolgt von den Straftaten gegen Leib und Leben (+ 931 Personen, + 53,0 %), den Straftaten gegen die sexuelle Integrität (+ 911 Personen, + 157,1 %), den Straftaten gegen die Freiheit (+ 809 Personen, + 41,1 %) und den Straftaten gegen die Ehre und den Geheim- oder Privatbereich (+ 593 Personen, + 74,9 %). Detailliertere Angaben zur Entwicklung einzelner Straftaten finden sich in Anhang 2.

³ Dabei ist Folgendes zu beachten (vgl. auch Fussnote 2): Möchte man die Anzahl beschuldigter Personen ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl setzen, können dabei nur Beschuldigte der ständigen Wohnbevölkerung berücksichtigt werden. Bei den Minderjährigen schwankt der Anteil nach BetmG beschuldigter Personen der ständigen Wohnbevölkerung am Total aller minderjährigen Beschuldigten von 2009 bis 2024 zwischen 80,6 % und 96,2 %.

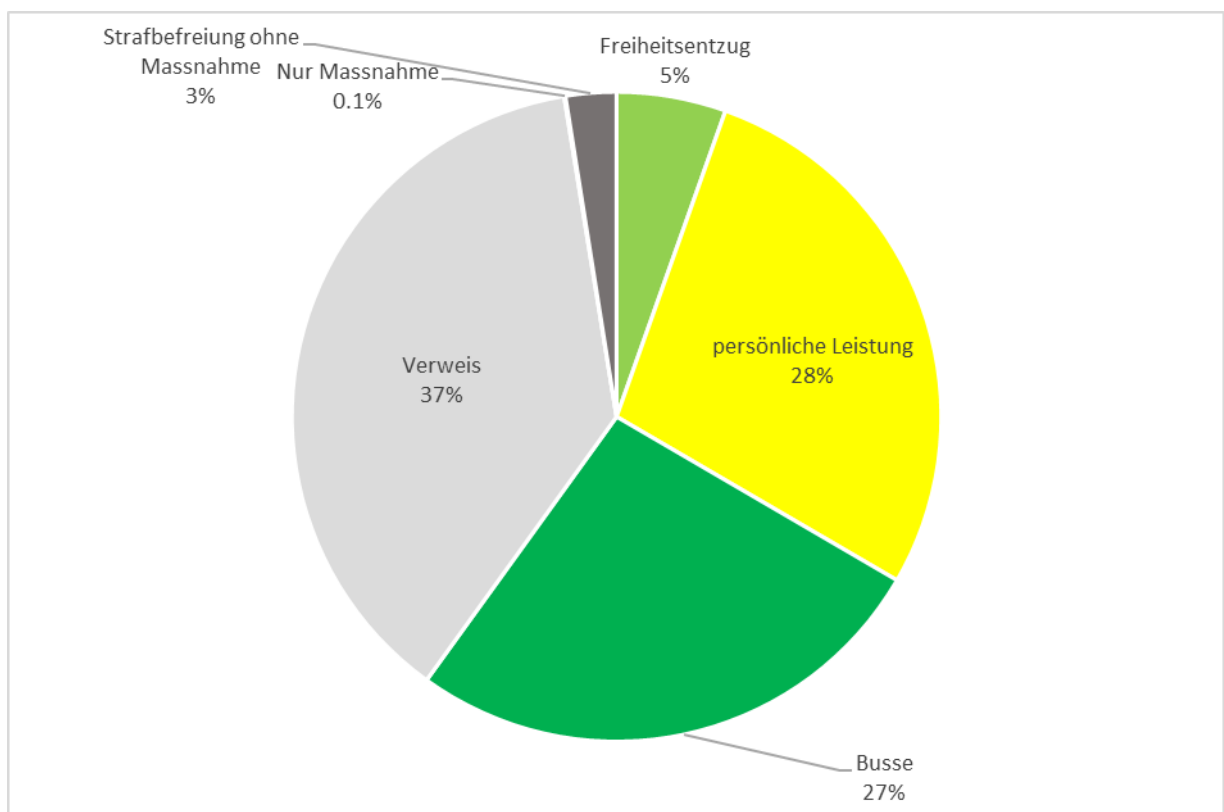
2.3 Vergleich beschuldigte und verurteilte Jugendliche

Ein direkter Vergleich der beschuldigten und verurteilten Jugendlichen ist nicht möglich, da PKS, JUSUS und JUSAS nicht verknüpft sind. Auch ein Vergleich der aggregierten Daten ist nur sehr beschränkt möglich. Zum einen entspricht das Jahr der polizeilichen Registrierung nicht immer dem der Verurteilung. Zudem muss die rechtliche Beurteilung der Straftaten durch die Polizei nicht mit der des Jugendrichters übereinstimmen. Auch gilt zu berücksichtigen, dass als beschuldigte Person jede Person gilt, die in einer Strafanzeige, einem Strafantrag oder von einer Strafbehörde in einer Verfahrenshandlung einer Straftat verdächtig, beschuldigt oder angeklagt wird. Es handelt sich also keinesfalls um bereits bewiesene Straftatbegehungen. Die Entwicklung der Zahlen für minderjährige Beschuldigte und nach Jugendstrafrecht verurteilte Personen ist jedoch zeitverschoben sehr ähnlich.

2.4 Ausgesprochene Sanktionen

Mit 37 % am häufigsten wird in den Jugendurteilen ein Verweis (Art. 22 JStG) ausgesprochen, gefolgt von persönlicher Leistung (Art. 23 JStG) mit 28 % und Busse (Art. 24 JStG) mit 27 %. Sowohl die persönliche Leistung als auch die Busse werden fast ausschliesslich unbedingt oder teilbedingt ausgesprochen (72 % der persönlichen Leistungen respektive 91 % der Busen). 5 % aller Jugendurteile enthalten einen Freiheitsentzug (Art. 25 JStG), dieser ist meist bedingt (58 %) zu vollziehen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Hauptsanktion 2024



Quelle: BFS – JUSAS

Bereits vor dem Jugendurteil kann eine Fremdplatzierung ausgesprochen werden. Gemeint sind Untersuchungshaft und vorsorglich angeordnete Unterbringungen zum Schutze der oder des Jugendlichen. Aber auch im Jugendurteil werden Fremdplatzierungen in der Form von Freiheitsentzügen und Schutzmassnahmen angeordnet. In Tabelle 1 ist die Anzahl der am

31.01.2025 (Stichtag) in Fremdplatzierung befindlichen Jugendlichen nach Platzierungsart aufgeführt.

Tabelle 1: Fremdplatzierungen: Strafrechtlich platzierte Jugendliche am 31.01.2025, nach Platzierungsart

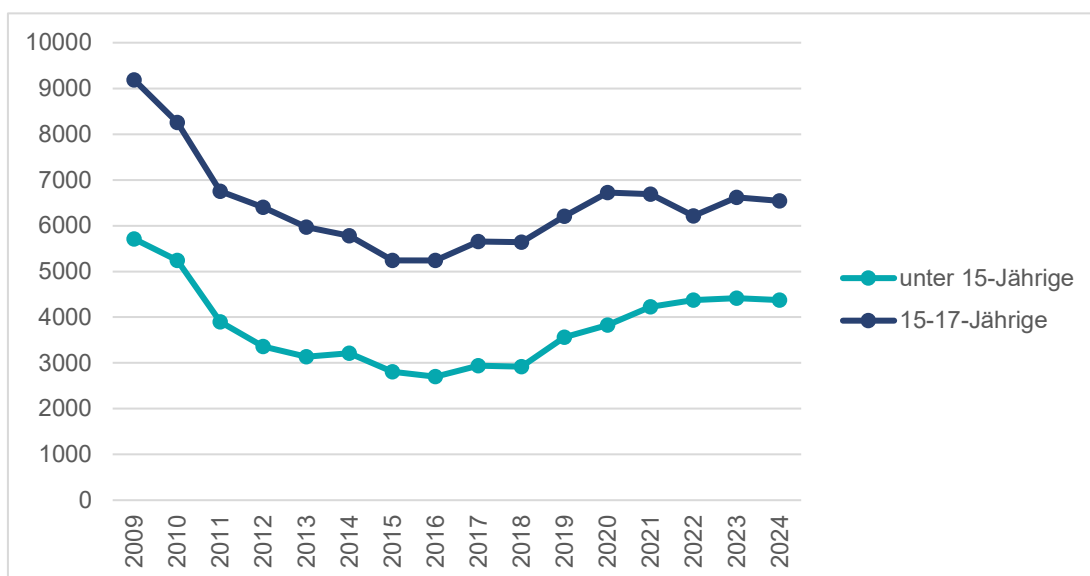
	Anzahl Personen
Total am Stichtag	458
Untersuchungshaft, Sicherheitshaft	53
Schutzmassnahmen	340
davon vorsorglich angeordnet	237
davon im Urteil angeordnet	116
Freiheitsentzug	52

Quelle: BFS – JUSAS

2.5 Entwicklung des Alters, Verteilung nach Geschlecht

Das Durchschnittsalter⁴ bei der Begehung einer Straftat des StGB liegt bei den Minderjährigen seit 2009 bei 15 Jahren. Das Durchschnittsalter schwankt zwischen 14,7 (2022, 2024) und 15,0 Jahren (2012–2013, 2015–2018), ohne einen klaren Auf- oder Abwärtstrend. Die Unterschiede sind minimal, wobei der Wert in den letzten Jahren leicht gesunken ist. Bei den Minderjährigen ist – wie bereits im Kapitel 2.2.1 erwähnt – ein Anstieg der Beschuldigtenzahlen zwischen 2016 und 2024 zu beobachten. Der Anstieg ist bei den unter 15-Jährigen höher (+ 61,9 % / + 1672 Personen) als bei den 15- bis 17-Jährigen (+ 24,9 % / + 1306 Personen) (Abbildung 3). Der Anstieg ist bei den männlichen Beschuldigten mit 39,2 % (+ 2438 Personen) grösser als bei den weiblichen Beschuldigten mit 31,4 % (+ 540 Personen). Die Anzahl männlicher minderjähriger Beschuldigter ist seit 2009 konstant drei- bis viermal höher als die Anzahl der weiblichen Beschuldigten.

Abbildung 3: StGB: Anzahl polizeilich registrierte minderjährige Beschuldigte nach Alterskategorie



Quelle: BFS – PKS

⁴ Beim Totalalter wird das Alter am Ende der Straftatbegehung berücksichtigt.

Bei den Straftaten gegen das BetmG liegt das Durchschnittsalter der minderjährigen Beschuldigten bei der Tatbegehung seit 2009 bei 16 Jahren. Das Durchschnittsalter schwankt zwischen 15,9 (2010, 2020) und 16,1 Jahren (2015-2016). Bei den Minderjährigen ist – wie bereits im Kapitel 2.2.2 erwähnt – ein Rückgang der Beschuldigtenzahlen zwischen 2017 und 2024 zu beobachten. Der Rückgang bei den unter 15-Jährigen ist geringer (- 57,7 % / - 288 Personen) als derjenige bei den 15- bis 17-Jährigen (- 65,1 % / - 3333 Personen). Der Rückgang ist prozentual gesehen bei den männlichen Beschuldigten mit - 63,8 % (- 3008 Personen) geringer als bei den weiblichen Beschuldigten mit - 67,6 % (- 613 Personen). Die Anzahl männlicher minderjähriger Beschuldigter ist seit 2009 fünf- bis siebenmal höher als die Anzahl der weiblichen Beschuldigten.

2.6 Cybermobbing

Digitale Kriminalität wird im Rahmen der PKS seit 2020 statistisch ausgewiesen. Als «Cyberbullying/Cybermobbing» werden Straftaten in der PKS nur dann gezählt, wenn Strafartikel aus einem begrenzten Straftatenkatalog⁵ zusammen mit dem Tatvorgehen «Cyberbullying/Cybermobbing» erfasst werden. Die Polizei registrierte im Jahr 2020 insgesamt 133 beschuldigte Minderjährige wegen «Cyberbullying/Cybermobbing». Diese Zahl sank im Jahr 2021 auf 65 und blieb seitdem relativ stabil. Da es sich um eher kleine Werte handelt und das Anzeigeverhalten in der Bevölkerung einen grossen Einfluss auf diese Zahlen hat, sind keine Aussagen zu diesem Phänomen möglich.

2.7 In Gruppen begangene Straftaten

Im Jahr 2024 verzeichnete die PKS insgesamt 24 967 Straftaten nach dem StGB, bei denen mindestens eine minderjährige Person als beschuldigte Person registriert wurde. Bei 28 % dieser Straftaten waren – gemäss Kenntnisstand der Polizei – mehrere Minderjährige beteiligt. In den Jahren 2009 und 2010 war dieser Anteil mit 37 % bzw. 38 % am höchsten und ist danach insgesamt leicht rückläufig (Abbildung 4).

⁵ Das Phänomen Cyberbullying / Cybermobbing (Verbreiten von diffamierenden Texten/Bildern zur Verleumdung oder Belästigung einer Person) wird in der PKS gezählt, wenn es als Modus Operandi zusammen mit einem der folgenden StGB-Strafartikel erfasst wird: Artikel 143^{bis} (unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem), 144^{bis} (Datenbeschädigung), 156 (Erpressung), 173 (üble Nachrede), 174 (Verleumdung), 177 (Beschimpfung), 179^{quater} (Verletzung des Geheim- oder Privatbereichs durch Aufnahmegeräte), 179^{septies} (Missbrauch einer Fernmeldeanlage), 179^{novies} (unbefugtes Beschaffen von Personendaten), 180 (Drohung), 181 (Nötigung) und 261^{bis} (Diskriminierung und Aufruf zu Hass) StGB.

Abbildung 4: Prozentuale Verteilung der StGB-Straftaten nach Anzahl beteiligter Minderjähriger



Quelle: BFS – PKS

2.8 Dunkelfeldstudien

Als weitere Datenquellen zur Analyse der Entwicklung der Jugendkriminalität können neben der PKS und der JUSAS Dunkelfeldstudien betrachtet werden. Diese erfassen anhand von Befragungen einer repräsentativen Auswahl an Jugendlichen nicht nur die der Polizei bekannte Kriminalität, sondern auch die sogenannte Dunkelfeldkriminalität, also Taten, die nicht polizeilich registriert sind. Manzoni et al. (2022) vergleichen in ihrem Bericht zur Jugenddelinquenz in der Schweiz Daten aus der Schweizer Erhebung im Rahmen der International Self-Report Delinquency Study, einer anonymen Online-Befragung von Jugendlichen der 7. bis 9. Klasse (9. – 11. HarMoS) aus dem Jahr 2021 mit entsprechenden Daten aus dem Jahr 2013.⁶ Die Autorinnen und Autoren stellen fest, dass bei fast allen Delikten ein signifikanter Anstieg des Anteils der Jugendlichen zu verzeichnen ist, die angeben, bereits einmal eine Tat begangen zu haben. Im Jahr 2013 gaben 16 % der befragten Jugendlichen an, bereits einmal etwas aus einem Laden oder Supermarkt gestohlen zu haben, während dieser Anteil 2021 auf 28,9 % anstieg. Auch bei den Sachbeschädigungen ist ein Anstieg zu beobachten, von 10,6 % im Jahr 2013 auf 14,7 % im Jahr 2021. Bei den seltener verübten Einbruchsdelikten zeigt sich eine Zunahme von 0,8 % im Jahr 2013 auf 2,6 % im Jahr 2021. Auch das Tragen einer Waffe – z. B. Messer, Schlagstöcke und Stöcke oder Schusswaffen – ist zwischen 2013 und 2022 von 11,2 % auf 14,2 % gestiegen. Schliesslich ist auch bei den Gewaltdelikten ein Anstieg zu verzeichnen. Mehr Jugendliche waren schon einmal an einer Gruppenschlägerei beteiligt, was sich in einem Anstieg von 7,5 % auf 10,1 % zeigt, und auch die schwerwiegenden, aber seltenen, Gewaltdelikte Körperverletzung und Raub haben leicht zugenommen. Bei der Körperverletzung stieg der Anteil der Jugendlichen, die in der Befragung angaben, schon einmal eine solche Tat begangen zu haben, von 3 % auf 5,4 %, bei Raub von 1 % auf 2,3 %. Die Daten von Manzoni et al. (2022)

⁶ Die International Self-Report Delinquency Study ist die weltweit grösste international vergleichenden Erhebung zur Analyse von Jugendkriminalität und Viktimisierung, an der 49 Länder teilnehmen. Im Jahr 2013 wurde in der Schweiz eine repräsentative Stichprobe von 4158 Jugendlichen befragt, im Jahr 2021 waren es 11 019 Jugendliche (Manzoni et al. 2022).

zeigen aber auch, dass die meisten Straftaten von einem kleinen Teil der Jugendlichen begangen werden. So begehen 5 % der befragten Jugendlichen 76 % aller berichteten Straftaten.

3 Ursachen von Jugendkriminalität

Dieses Kapitel befasst sich mit den Ursachen delinquenten Verhaltens im Jugendalter. Diese sind nach den vorliegenden Forschungsergebnissen komplex und vielschichtig. Es werden zentrale Risikofaktoren aufgeführt, die in der Forschung häufig genannt werden und für die empirische Evidenz vorliegt.

Jugendkriminalität zeigt in den meisten Fällen einen episodischen Verlauf (Eifler und Schepers 2018; Moffitt 2018, 1993; Vertone et al. 2022). Kriminelle Aktivitäten nehmen im frühen Jugendalter zu, erreichen ihren Höhepunkt in der mittleren bis späten Jugend und gehen danach deutlich zurück. Nur ein geringer Anteil der Jugendlichen setzt sein kriminelles Verhalten bis ins Erwachsenenalter fort (Eifler und Schepers 2018; Vertone et al. 2022). Dass kriminelles Verhalten im Jugendalter häufiger auftritt als in anderen Lebensphasen, lässt sich durch die vielen Veränderungen in dieser Lebensphase erklären (Haymoz 2022). Die Zeit, die mit der Familie verbracht wird, nimmt ab, während die Bedeutung der Beziehungen zu Gleichaltrigen zunimmt; diese spielen eine zentrale Rolle für Identität und Zugehörigkeit (Haymoz 2022). Dadurch verringert sich die elterliche Kontrolle, während gleichzeitig der soziale Druck unter Gleichaltrigen zunimmt. In Bezug auf delinquentes Verhalten zeigt sich das daran, dass das Begehen von Straftaten dazu dienen kann, Freundschaften zu festigen und die Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu beweisen (Haymoz 2022). Die Adoleszenz wird zudem als eine Phase der Identitätssuche beschrieben, die Herausforderungen und Konflikte mit sich bringt, die für Jugendliche schwer zu bewältigen sein können, da sie oftmals noch nicht über ausreichend Bewältigungsstrategien verfügen (Haymoz 2022). Auch die neuronalen und biologischen Veränderungen, die die Adoleszenz prägen, führen dazu, dass Jugendliche grössere Schwierigkeiten haben, die Konsequenzen ihres Handelns abzuschätzen und ihre Impulse zu kontrollieren als Erwachsene. Sie sind risikobereiter als Erwachsene und reagieren empfindlicher auf soziale Anerkennung (Cavanagh 2022).

Die Ursachen von Jugendkriminalität sind gemäss aktuellem Forschungsstand sehr vielfältig. So setzen sich internationale wissenschaftliche Publikationen einerseits mit Risikofaktoren auf individueller Ebene auseinander und halten dabei fest, dass ausgeprägte Impulsivität und ein geringes Mass an Selbstkontrolle, aber auch Substanzmissbrauch, die Wahrscheinlichkeit für delinquentes Verhalten im Jugendalter erhöhen (Basto-Pereira und Farrington 2022; Bobbio et al. 2020; Haymoz 2022). Auch der Zusammenhang zwischen psychischer Gesundheit und delinquentem Verhalten wird ausführlich untersucht. So zeigen Studien beispielsweise, dass die Prävalenzrate psychischer Erkrankungen bei inhaftierten Jugendlichen sehr hoch ist (Bessler et al. 2019; Livanou et al. 2019). Neben diesen Faktoren auf individueller Ebene werden soziale Risikofaktoren wie Gewalt- oder Vernachlässigungserfahrungen in der Familie (Aazami et al. 2023; Basto-Pereira und Farrington 2022; Braga et al. 2017; Flanagan et al. 2019; Steketee et al. 2019), negative Erfahrungen in der Schule (Haymoz 2022), der Umgang mit delinquenten Freundinnen und Freunden oder das Leben in einem Gebiet mit hoher Kriminalitätsrate (Agnew und Brezina 2018; Basto-Pereira und Farrington 2022; Oberwittler 2018; Vertone et al. 2022) mit verstärktem delinquentem Verhalten in Zusammenhang gebracht. Zudem werden in der Forschung strukturellen Faktoren wie soziale Ungleichheit (Durkheim 1999; Merton 2008), fehlende berufliche Perspektiven oder soziale Isolation (Haymoz 2022) ein Effekt auf die Jugendkriminalität zugeschrieben. Dabei legt die Forschung nahe, dass sich delinquentes Verhalten nicht auf einzelne Ursachen zurückführen lässt, sondern vielmehr das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels verschiedener Einflussfaktoren ist (Baier 2021; Bobbio et al. 2020; Haymoz 2022; Manzoni et al. 2022). Risikofaktoren wirken ausserdem sowohl kumulativ als auch

interaktiv. Das heisst, sie werden verstärkt relevant, wenn mehrere gleichzeitig auftreten und in Wechselwirkung stehen (vgl. Bobbio et al. 2020). Wichtig zu beachten ist jedoch, dass Risikofaktoren nicht deterministisch sind. Das heisst, das Vorhandensein eines Faktors oder mehrerer Faktoren im Leben eines Menschen bedeutet nicht, dass er oder sie zwangsläufig straffällig wird, diese Faktoren erhöhen lediglich die Wahrscheinlichkeit dafür.

Im Folgenden werden auf Grundlage zweier wissenschaftlicher Publikationen die Risikofaktoren für Jugenddelinquenz aufgeführt, für die im Schweizer Kontext empirische Evidenz vorliegt. Gestützt auf Daten der International Self-Report Delinquency Study aus dem Jahr 2021 untersuchen Manzoni et al. (2022) Risikofaktoren für delinquentes Verhalten von Jugendlichen in der Schweiz. Dabei identifizieren sie den Umgang mit delinquenten Gleichaltrigen als einer der höchsten Risikofaktoren für Jugendkriminalität. So hat gemäss ihrer Untersuchung, wer delinquente Freundinnen und Freunde hat, je nach Delikt ein drei- oder gar siebenfaches Risiko, Straftaten zu begehen. Auch Baier (2019), der eine Stichprobe von Schweizer Jugendlichen aus dem Jahr 2017 untersucht, stellt fest, dass Jugendliche mit delinquenten Freundinnen und Freunden besonders gefährdet sind für kriminelles Verhalten.

Erklärt wird dies damit, dass die Gruppe abweichendes Verhalten verstärken kann, indem sozialer Druck entsteht und Jugendliche in der Gruppe Straftaten begehen, die sie allein nicht begangen hätten. Die durch die Gruppe entstehende Anonymität kann dazu führen, dass Hemmungen und Selbstkritik abgebaut werden, was die Entwicklung delinquenten Verhaltens fördern kann. Das Begehen von Straftaten in der Gruppe kann auch dazu dienen, Freundschaften zu festigen und ein Gefühl von Macht zu vermitteln (Manzoni et al. 2022). Baier (2019) stellt ausserdem fest, dass Jugendliche, die illegale Substanzen konsumieren – dabei handelt es sich gemäss dem Autor meistens um Cannabis, deutlich seltener um andere erfragte illegale Substanzen –, häufiger Straftaten ausführen als Jugendliche, die diese Substanzen nicht konsumieren. Ebenso weisen gemäss den beiden Schweizer Studien Jugendliche mit einem geringen Mass an Selbstkontrolle, das heisst Jugendliche, die besonders impulsiv sind oder eine hohe Risikobereitschaft haben, mit höherer Wahrscheinlichkeit delinquentes Verhalten auf (Baier 2019; Manzoni et al. 2022).

Zudem wird die elterliche Gewalt gegen Kinder in den beiden Schweizer Untersuchungen als Risikofaktor genannt. So gefährden Eltern, die ihre Kinder misshandeln, einerseits deren Bindung zu ihnen, was ein Risikofaktor für Jugenddelinquenz darstellt. Andererseits werden gewalttätige Verhaltensmuster von den Eltern erlernt, was bei Jugendlichen insbesondere zu mehr Gewaltausübung führen kann (Manzoni et al. 2022). Manzoni et al. (2022) stellen ausserdem fest, dass Jugendliche, deren Eltern ein geringes Mass an Kontrolle oder Aufsicht über sie ausüben (d. h. die Eltern wissen nicht, wo sich ihr Kind aufhält, mit wem es seine Freizeit verbringt usw.), ebenfalls ein höheres Risiko für delinquentes Verhalten aufweisen. Und auch, dass das Wohnen in Gebieten, in denen bereits Gewalt- und Kriminalitätsprobleme bestehen, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für delinquentes Verhalten bei Jugendlichen zusammenhängt, stellt die Untersuchung der Schweizer Stichprobe fest (Manzoni et al. 2022).

Gemäss Manzoni et al. (2022) stellt weiter Schulabsentismus und eine geringe Bindung an die Schule ein Risikofaktor für solche Verhaltensweisen dar. Darüber hinaus heben beide Studien hervor, dass männliche Jugendliche signifikant häufiger delinquentes Verhalten aufweisen als weibliche Jugendliche. In diesem Zusammenhang geht Baier (2019) auf bestimmte Männlichkeitsnormen ein, die auf individueller Ebene die Wahrscheinlichkeit für delinquentes Verhalten beeinflussen. So stellt er fest, dass Jugendliche, die Männlichkeitsnormen vertreten, die eine aggressive Reaktion auf (vermeintliche) Beleidigungen und Ehrverletzungen befürworten, 19/44

mit höherer Wahrscheinlichkeit delinquentes Verhalten aufweisen als Jugendliche, die solche Männlichkeitsnormen nicht befürworten.

4 Prävention

Wie im Kapitel 3 erläutert, sind die Ursachen von delinquentem Verhalten im Jugendalter vielfältig und komplex. Es handelt sich um ein Zusammenspiel von individuellen, sozialen und strukturellen Faktoren, die kriminelles Verhalten bei Jugendlichen begünstigen können. Diesem Umstand muss auch in der Prävention Rechnung getragen werden. Die Prävention von Jugendkriminalität erfordert dementsprechend ein ganzheitliches und differenziertes Vorgehen, das verschiedene Interventionsansätze integriert und auf unterschiedlichen Ebenen ansetzt (vgl. Vertone et al. 2022). Ziel dieses Kapitels ist es, verschiedene Präventionsansätze und Erkenntnisse hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu beleuchten.

Als Kriminalprävention werden Massnahmen bezeichnet, die der Verhinderung von strafrechtlich relevanten Handlungsweisen dienen (Manzoni 2020). Kriminalpräventive Massnahmen, die sich an Jugendliche richten, sind vielfältig und lassen sich je nach Zielgruppe in universelle, selektive und indizierte Massnahmen unterteilen (Gordon 1983). Wichtig ist zu betonen, dass die Abgrenzung dieser drei Präventionstypen in der Praxis fließend ist und sich universelle, selektive und indizierte Massnahmen im Idealfall ergänzen und aufeinander aufbauen (Bliesener 2021: 3).

4.1 Universelle Präventionsmassnahmen

Universelle Präventionsmassnahmen richten sich uneingeschränkt an alle Jugendlichen. In diese Kategorie gehören beispielsweise massenmediale Kampagnen oder die Arbeit mit Schulklassen. Präventionsmassnahmen in Schulklassen haben den Vorteil, dass sie Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen familiären Hintergründen und Risikofaktoren erreichen und alle von den vermittelten Kompetenzen profitieren können (Haymoz 2022). Solche universellen Angebote verringern ausserdem das Risiko der Stigmatisierung, das mit selektiven Massnahmen einhergeht, welche sich nur an bestimmte Gruppen richten (Haymoz 2022). Die Erkenntnis, dass ein geringes Mass an Selbstkontrolle, unzureichende soziale Kompetenzen und Konfliktlösungsstrategien bedeutsame Risikofaktoren für dissoziales Verhalten darstellen, führte zur Entwicklung von Trainingsprogrammen zur Förderung psychosozialer Kompetenzen (Bliesener 2021). Schülerinnen und Schüler lernen dabei, ihre eigenen Gefühle und die von anderen zu verstehen, sie lernen den Umgang mit Stress und Konflikten genauso wie Emotionsregulation, was das Risiko für delinquentes Verhalten erwiesenermassen verringert (Averdijk et al. 2015; Bliesener 2021; Haymoz 2022). In einem im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit erarbeiteten Bericht von Sucht Schweiz zu evidenzbasierter Suchtprävention im Setting Schule stellen die Autorinnen und Autoren fest, dass in der Schweiz verschiedene schulische Präventionsprogramme zur Vermittlung von psychosozialen Kompetenzen – auch mit spezifischem Fokus auf Kriminalprävention – zur Verfügung stehen (Petit et al. 2024). Im Bericht werden die Programme «Denk-Wege» – ein Programm für Kinder von 4 bis 12 Jahren zur Reduktion von Problemverhalten und Gewalt sowie zur Förderung von Lebenskompetenzen, Resilienz und einer gesunden Schulkultur –, «Herzsprung» – ein Programm zur Prävention von Gewalt und missbräuchlichem Verhalten in jugendlichen Liebesbeziehungen, das ebenfalls allgemein psychosoziale Kompetenzen stärkt – und «PRiG» – ein Programm zur Förderung personaler Resilienzfaktoren bei Grundschulkindern – hinsichtlich ihrer Wirksamkeit positiv hervorgehoben. Obwohl die Wirksamkeit bei mehreren Programmen nachgewiesen ist, wird im Bericht festge-

halten, dass nicht alle der von Petit et al. (2024) erfassten Programme einer Wirkungsevaluation unterzogen worden sind und einige Programme auch Methoden verwenden, die zumindest hinsichtlich der Prävention von Substanzmissbrauch keine oder potenziell negative Auswirkungen haben könnten. Dazu gehören beispielsweise Furchterregung, Konfrontation mit Schreckensbildern, einmalige Veranstaltungen sowie Informationsvermittlung ohne die Förderung von Kompetenzen.

Verschiedene Studien heben hervor, dass bereits die ersten Lebensjahre eines Kindes einen entscheidenden Einfluss auf seine späteren Verhaltensweisen ausüben. Dabei werden eine einfühlsame Erziehung und eine positive Beziehung zwischen Eltern und Kind als Schutzfaktoren genannt, die das Risiko für delinquentes Verhalten verringern (Aazami et al. 2023; Averdijk et al. 2015). Im Gegenzug stellt elterliche Gewalt gegen Kinder wie in Kapitel 3 aufgeführt ein Risikofaktor für Jugenddelinquenz dar. Entsprechend hat auch die Vermittlung von Erziehungskompetenzen in Form von Beratungsangeboten für Eltern eine präventive Wirkung hinsichtlich Jugenddelinquenz (Averdijk et al. 2015; Haymoz 2022).

4.2 Selektive Präventionsmassnahmen

Selektive Präventionsmassnahmen richten sich in Abgrenzung zu universellen Massnahmen gezielt an eine definierte Risikogruppe. Darunter fallen beispielsweise Beratungsangebote, die sich spezifisch an Eltern richten, die als Kinder selbst Misshandlung erlebt haben oder aufgrund sozialer und familiärer Umstände (z.B. Probleme mit der psychischen Gesundheit, Substanzmissbrauch, Armut) ein erhöhtes Risiko haben, wiederum Kindesmisshandlung zu begehen (Averdijk et al. 2015). Damit kann dem Risikofaktor der Gewalt- oder Vernachlässigungserfahrungen in der Familie entgegengewirkt werden (Averdijk et al. 2015; Haymoz 2022). Auch von Erwachsenen betreute ausserschulische Aktivitäten zählen zu den Schutzfaktoren gegen Jugendkriminalität und dies insbesondere in Gebieten mit einer hohen Kriminalitätsrate (Haymoz 2021). Im Hinblick auf den Risikofaktor, in Gebieten mit hoher Kriminalitätsrate zu wohnen, verweisen wissenschaftliche Erkenntnisse auch auf Möglichkeiten der Raum- und Stadtplanung. So kann durch die Förderung der sozialen Durchmischung in Wohngebieten der räumlichen Segregation entgegengewirkt und damit das Risiko für Jugendkriminalität gesenkt werden (Haymoz 2022; Oberwittler 2018). Baier (2019) spricht basierend auf seinen Analysen ausserdem der Auseinandersetzung mit gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen besondere Relevanz in der Präventionsarbeit zu. So zeigen internationale Forschungsarbeiten, dass Strategien zur Gewaltprävention, die eine kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Normen beinhalten, gewalttätiges Verhalten von männlichen Jugendlichen verringern können (Amin et al. 2018; Banyard et al. 2019).

4.3 Indizierte Präventionsmassnahmen

Indizierte Massnahmen richten sich schliesslich an Jugendliche, die bereits delinquente Verhaltensweisen aufweisen. Gemäss der Dunkelfeldstudie von Manzoni et al. (2022) begehen 5 % der befragten Jugendlichen 76 % aller berichteten Straftaten. Die Autorinnen und Autoren heben dementsprechend die Relevanz von indizierten Massnahmen hervor, die sich direkt an diese jugendlichen Intensiv- oder Mehrfachtäterinnen und -täter richten. Das schweizerische Jugendstrafrecht ist täter- und nicht deliktorientiert und bietet damit gemäss Vertone et al. (2022: 17) eine optimale Grundlage für indizierte Massnahmen, die sich an der individuellen Situation und den damit verbundenen Risikofaktoren der Täterinnen und Täter orientieren.⁷ In

⁷ Zu den Grundzügen des Jugendstrafrechts siehe Kapitel 5.1.

Kapitel 5.3 wird vertieft auf die Möglichkeiten und Grenzen von Aussagen zur Wirksamkeit von jugendstrafrechtlichen Strafen und Massnahmen eingegangen.

4.4 Beurteilung

Es lässt sich festhalten, dass sowohl Hell- als auch Dunkelfeldanalysen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen nicht straffällig wird, während ein Grossteil der Straftaten von einer kleinen Minderheit begangen wird (vgl. Kapitel 2; Manzoni et al. 2022). Deshalb wird die Relevanz von indizierten Präventionsmassnahmen betont, um diese besonders risikobehaftete Gruppe zu adressieren (Manzoni et al. 2022). Da Präventionsprogramme generell auch potenziell negative Auswirkungen haben können, wird zudem die Bedeutung evidenzbasierter Präventionsprogramme hervorgehoben (vgl. Petit et al. 2024 für den schulischen Kontext).

Schliesslich weisen verschiedene Schweizer Forschende darauf hin, dass das Thema Jugenddelinquenz und insbesondere deren Prävention eine Vielzahl von Akteuren betrifft. Dazu zählen unter anderen Eltern, Schulen, die Berufsbildung, die Sozialarbeit, die Kinder- und Jugendhilfe, die Polizei, die Jugendanwaltschaft, sozialpädagogische Institutionen sowie (forensische) psychotherapeutische Einrichtungen. Um eine wirksame Prävention zu gewährleisten und den vielfältigen Ursachen von delinquentem Verhalten gerecht zu werden, sei eine enge Koordination und Zusammenarbeit zwischen diesen Akteuren von zentraler Bedeutung (Baier 2021; Haymoz 2022; Manzoni et al. 2022; Vertone et al. 2022).

5 Grundzüge des Jugendstrafrechts, Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen und deren Vollzug

5.1 Grundzüge des Jugendstrafrechts

Das Jugendstrafrecht ist hauptsächlich als Täter- und Massnahmenstrafrecht konzipiert. Im Vordergrund stehen spezialpräventive⁸ Zwecke: Straftäterinnen und -täter zwischen dem vollendeten 10. und dem vollendeten 18. Altersjahr sollen durch altersgemässe Strafen und/oder erzieherische und therapeutische Massnahmen von weiteren Delikten abgehalten werden. Diese Sanktionen werden vorwiegend nach den persönlichen Bedürfnissen des Kindes beziehungsweise der oder des Jugendlichen bestimmt und nicht nach der Schwere der Straftat. Für die Anwendung des Jugendstrafgesetzes sind der Schutz und die Erziehung der oder des Jugendlichen begleitend. Besondere Beachtung ist den Lebens- und Familienverhältnissen sowie der Entwicklung der Persönlichkeit der oder des Jugendlichen zu schenken (Art. 2 JStG).

Im Jugendstrafgesetz stehen Schutzmassnahmen und Strafen zur Verfügung:

5.1.1 Schutzmassnahmen

Die Schutzmassnahmen (Art. 12 ff. JStG) sind nicht an das Alter der Täterin oder des Täters gekoppelt und unabhängig davon anzuordnen, ob die oder der Jugendliche schuldhaft gehandelt hat. Sie werden angeordnet, wenn die oder der Jugendliche eine mit Strafe bedrohte Tat begangen hat und die Abklärung ergibt, dass eine besondere erzieherische Betreuung oder therapeutische Behandlung nötig ist (Art. 10 JStG).

Es gibt folgende ambulante und stationäre Schutzmassnahmen:

- *Aufsicht*: Eine geeignete Person oder Stelle (z. B. ein Sozialarbeiter) steht den Eltern in Erziehungsfragen begleitend und beratend zur Seite (Art. 12 JStG).
- *Persönliche Betreuung*: Eine geeignete Person betreut die Jugendliche oder den Jugendlichen persönlich und unterstützt die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe (Art. 13 JStG). Je nach Umfang der Betreuung wird die elterliche Sorge dadurch zumindest faktisch, bei Bedarf auch formell eingeschränkt.
- *Ambulante Behandlung*: Leidet die oder der Jugendliche unter psychischen Störungen, ist sie/er in der Persönlichkeitsentwicklung beeinträchtigt oder von Suchtstoffen oder in anderer Weise abhängig, so kann eine ambulante Behandlung angeordnet werden (Art. 14 JStG). Dies kann beispielsweise eine Psychotherapie, ein Verhaltenstraining oder eine Reittherapie sein.
- *Offene oder geschlossene Unterbringung*: Eine Unterbringung wird angeordnet, sofern die notwendige Erziehung und Behandlung der Jugendlichen oder des Jugendlichen nicht anders sichergestellt werden kann. Sie erfolgt bei Privatpersonen oder in Erziehungs- und Behandlungseinrichtungen, die in der Lage sind, die erforderliche erzieherische oder therapeutische Hilfe zu leisten (Art. 15 JStG). Dabei handelt es sich um eine stationäre Schutzmassnahme.

⁸ In der Straftheorie wird unterschieden zwischen Spezialprävention und Generalprävention. Bei der Spezialprävention soll eine Strafe die verurteilte Person davon abhalten, rückfällig zu werden. Die Generalprävention zielt auf die Gesellschaft und soll diese von der Begehung einer Tat abschrecken.

- *Tätigkeitsverbot, Kontakt- und Rayonverbot*: Wenn die Gefahr besteht, dass die oder der Jugendliche bestimmte berufliche Tätigkeiten oder bestimmte organisierte ausserberufliche Tätigkeiten zur Begehung von Sexualstraftaten an Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen missbraucht, kann die urteilende Behörde der oder dem Jugendlichen verbieten, diese auszuüben (Art. 16a Abs. 1 JStG).

Besteht die Gefahr, dass der oder die Jugendliche bei einem Kontakt zu bestimmten Personen oder zu Personen einer bestimmten Gruppe Straftaten begehen wird, so kann die urteilende Behörde ihm/ihr verbieten, mit diesen Personen Kontakt aufzunehmen oder sich an bestimmten Orten aufzuhalten (Abs. 2). Für den Vollzug dieses Verbots können technische Geräte eingesetzt werden (Abs. 4).

Gemäss Artikel 17 Absatz 3 JStG ist beim Vollzug der Massnahmen dafür zu sorgen, dass die oder der Jugendliche angemessen unterrichtet und ausgebildet wird.

Alle Schutzmassnahmen enden mit Vollendung des 25. Altersjahrs (Art. 19 Abs. 2 JStG).

5.1.2 Strafen

Im Jugendstrafgesetz sind folgende Strafen vorgesehen (Art. 21 ff. JStG):

- *Verweis*: Ein Verweis wird erteilt, wenn dies voraussichtlich genügt, um die Jugendliche oder den Jugendlichen von weiteren Straftaten abzuhalten. Der Verweis stellt eine förmliche Missbilligung der Tat dar. Er kann mit einer Probezeit verbunden werden (Art. 22 JStG).
- *Persönliche Leistung*: Die oder der Jugendliche kann zu einer persönlichen Leistung in Form von unentgeltlicher Arbeit oder zur Teilnahme an Kursen oder ähnlichen Veranstaltungen verpflichtet werden. Die persönliche Leistung dauert grundsätzlich höchstens zehn Tage. Bei Jugendlichen, die zur Zeit der Tat das 15. Altersjahr vollendet und ein Vergehen oder ein Verbrechen begangen haben, beträgt die Dauer maximal drei Monate (Art. 23 JStG).
- *Busse*: Jugendliche, die zur Zeit der Tat das 15. Altersjahr vollendet haben, können mit einer Busse von maximal CHF 2000 bestraft werden. Diese wird unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse festgelegt. Sie kann auf Gesuch hin in persönliche Leistung oder bei Nichtbezahlung innert der gesetzten Frist in Freiheitsentzug umgewandelt werden (Art. 24 JStG).
- *Freiheitsentzug*: Jugendliche, die nach Vollendung des 15. Altersjahres ein Verbrechen oder Vergehen begangen haben, können mit Freiheitsentzug bis zu einem Jahr bestraft werden. Hat die oder der Jugendliche zur Zeit der Tat das 16. Altersjahr vollendet und eine besonders schwere, im Gesetz genannte Tat begangen, so wird sie/er mit Freiheitsentzug bis zu vier Jahren bestraft (Art. 25 JStG). Ein Freiheitsentzug bis zu drei Monaten kann auf Gesuch der oder des Jugendlichen in eine persönliche Leistung von gleicher Dauer umgewandelt werden (Art. 26 JStG).

Während des Freiheitsentzugs können die Jugendlichen die Schule besuchen oder eine Berufsausbildung absolvieren (Art. 27 Abs. 3 JStG).

5.1.3 Kombination von Schutzmassnahmen und Strafen

Das Jugendstrafgesetz folgt seit der Revision im Jahr 2007 dem Prinzip des Dualismus, genauer dem sogenannten dualistisch-vikariierenden System. Das heisst, dass zusätzlich zu einer Schutzmassnahme grundsätzlich auch eine Strafe zu verhängen ist (Art. 10 und Art. 11 JStG). Voraussetzung ist, dass der Täter / die Täterin schuldhaft gehandelt hat (Art. 11 Abs. 1 JStG). Allerdings erlaubt es das Gesetz, bei Vorliegen bestimmter Strafbefreiungsgründe von dieser zusätzlichen Strafe abzusehen (Art. 11 Abs. 1 i.V.m. 21 Abs. 1 JStG).

In der Regel wird zunächst die Schutzmassnahme und danach allenfalls die Strafe vollzogen (Art. 32 JStG). Die Strafe wird also aufgeschoben, damit zunächst die Massnahme ihre Wirkung entfalten kann. In Bezug auf die Unterbringung wird in Artikel 32 Absatz 1 JStG ausdrücklich festgehalten, dass diese stets dem Vollzug des Freiheitsentzugs vorausgeht. Wird die Unterbringung aufgehoben, weil sie zum Beispiel erfolglos abgebrochen werden muss (d.h. die Unterbringung entfaltet keine erzieherische oder therapeutische Wirkung mehr), so entscheidet die urteilende Behörde, ob und wieweit der Freiheitsentzug noch zu vollziehen ist. Sie kann – unter Berücksichtigung der Dauer des Freiheitsentzuges und der vollzogenen Unterbringung sowie nach Einschätzung der Legalprognose⁹ – nach freiem Ermessen den Vollzug des ganzen oder auch nur eines Teils des Freiheitsentzuges anordnen oder aber ganz darauf verzichten.¹⁰ Wird der Freiheitsentzug ganz oder teilweise vollzogen, wird die mit der Unterbringung verbundene Freiheitsbeschränkung angerechnet (Art. 32 Abs. 3 JStG). Welcher Anteil an den Freiheitsentzug angerechnet wird, muss die urteilende Behörde jeweils im Einzelfall beurteilen und richtet sich unter anderem nach dem Mass der erfolgten Beschränkung der persönlichen Freiheit. Ihr steht dabei ein erheblicher Ermessensspielraum zu.¹¹ Wird der Zweck der Massnahme hingegen erreicht, wird der Freiheitsentzug nicht mehr vollzogen und eine Anrechnung erübrigt sich (Art. 32 Abs. 2 JStG).

In Bezug auf die Kombinationsmöglichkeiten im JStG ist schliesslich anzumerken, dass nicht nur Schutzmassnahmen und Strafen miteinander, sondern auch Schutzmassnahmen beziehungsweise Strafen untereinander kombiniert werden können. Die Flexibilität des Jugendstrafrechts erlaubt somit eine Vielzahl von Sanktionsmöglichkeiten.

5.1.4 Mediation als Form der Wiedergutmachung

Das Jugendstrafrechtsverfahren sieht die Möglichkeit der Mediation vor (Art. 17 Jugendstrafprozessordnung, JStPO). Die Grundidee ist, dass die Beteiligten ihren Konflikt, der im Zusammenhang mit der Straftat steht, mit Unterstützung einer neutralen Mediationsperson selbst regeln. Die Teilnahme im Mediationsverfahren beruht auf der Freiwilligkeit aller Beteiligten. Die Untersuchungsbehörden und Gerichte können ein Verfahren zugunsten der Mediation sistieren und dieses bei Gelingen einstellen (Art. 17 Abs. 2 JStPO).

Es handelt sich oftmals um Konstellationen, bei denen der dahinterliegende Konflikt eine Mediation als sinnvoll erscheinen lässt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Beteiligten auch zukünftig aufeinandertreffen, weil sie in die gleiche Schule gehen, miteinander verwandt sind oder in derselben Nachbarschaft leben. Die Mediation dient damit sowohl der Täterverantwortung als auch den Opferinteressen und ist ein zentrales Element des restaurativen Ansatzes

⁹ Legalprognose bedeutet, vereinfacht ausgedrückt, die Vorhersage, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Person in der Zukunft in Konflikt mit dem Recht und den geltenden Normen gerät und damit wieder straffällig wird (vgl. auch Fussnote 22).

¹⁰ Vgl. u. a. BGE 121 IV 303 E. 4 b.

¹¹ Vgl. zum Ganzen: Hug et al. (2019), Art. 32 JStG N 6, mit weiteren Hinweisen.

im Jugendstrafrecht. Geschädigte können ihre Vorstellungen und Wünsche zur Lösung des Konflikts und Milderung der Tatfolgen einbringen. Sie können schnell und unbürokratisch eine Wiedergutmachung erhalten. Die persönliche Aussprache mit der beschuldigten jugendlichen Person erleichtert die Verarbeitung des Geschehenen und reduziert die Gefahr von Folgekonflikten. Die beschuldigte Person übernimmt die Verantwortung für ihr Handeln und macht den angerichteten Schaden aktiv wieder gut. Neben der Entschuldigung leistet sie Wiedergutmachung.

5.1.5 Revision des Jugendstrafgesetzes vom Juni 2024

Die eidgenössischen Räte haben am 14. Juni 2024 die Änderung des JStG (nJStG) verabschiedet.¹² Der eigentliche Kernpunkt dieser Revision war, im Jugendstrafgesetz eine gesetzliche Grundlage für die Anordnung einer Verwahrung (Art. 64 Abs. 1 StGB) – und damit einer reinen Sicherheitsmassnahme – zu schaffen. Die neue Regelung ist sehr restriktiv gefasst. Damit bleiben die Grundsätze des geltenden Jugendstrafrechts möglichst unangetastet. Die neu eingeführten Bestimmungen (vgl. insbesondere Art. 19c, Art. 25a und 27a JStG) sollen nur bei Personen zur Anwendung gelangen, die nach Vollendung des 16. Altersjahrs einen Mord begangen haben und bei denen am Ende der jugendstrafgesetzlichen Strafe (Freiheitsentzug von mindestens drei Jahren) oder Schutzmassnahme (geschlossene Unterbringung nach Art. 15 Abs. 2 Bst. b JStG) eine ernsthafte Gefahr besteht, dass sie wieder eine solche Tat begehen werden. Zum Zeitpunkt der Anordnung müssen die betroffenen Jugendlichen bereits volljährig sein. Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs kommen also weiterhin nur die Sanktionen des geltenden Jugendstrafgesetzes zur Anwendung.

Es geht hier um sehr seltene, aber zugleich sehr schwere Fälle. Es ist davon auszugehen, dass diese Sicherheitsmassnahme eine Ausnahme bleiben beziehungsweise nur eine ausserordentlich geringe Anzahl von Personen betreffen wird.¹³ Eine Verwahrung ist – wie im Erwachsenenstrafrecht auch – nur als Ultima Ratio anzuordnen, wenn der Gefährlichkeit der betroffenen Person nicht anders begegnet werden kann.

Diese Änderungen sind am 1. Juli 2025 in Kraft getreten.

5.2 Evaluation Jugendstrafrecht

Die im Jahr 2012 im Auftrag des Bundesamts für Justiz (BJ) durchgeführte Evaluation des seit 1. Januar 2007 geltenden Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht (JStG) fokussiert auf die Neuerungen des revidierten Jugendstrafrechts (vgl. Urwyler und Nett 2012: 168 f.). Die Autoren stützten sich bei der qualitativen Untersuchung der Wirksamkeit von Sanktionen und der Rückfallquote auf Expertenmeinungen aus der Praxis (S. 162 ff.).

Generell wurde damals das revidierte Jugendstrafrecht als wirksam bezeichnet. Diese Einschätzung wird von den Akteurinnen und Akteuren der Jugendstrafrechtspflege auch heute noch geteilt. Bei der damals durchgeführten Evaluation wurde einzig der mit der Revision eingeführte Dualismus kritisch beurteilt. Im alten Jugendstrafrecht wurde entweder eine Strafe

¹² Vgl. BBl 2024 1452. Die Referendumsfrist ist am 3. Oktober 2024 unbenutzt abgelaufen. Siehe auch: www.parlament.ch > Ratsbetrieb > Suche curia vista > Geschäftsnummer 22.071.

¹³ In den Jahren 2013–2023 wurden insgesamt acht Jugendliche wegen Mordes rechtskräftig verurteilt (vgl. die Statistiken des Bundesamts für Statistik (BFS): www.bfs.admin.ch > Statistiken > Kriminalität und Strafrecht > Strafrecht > Verurteilte Jugendliche > Tabellen > Tabelle «Jugendurteile und verurteilte Personen nach Artikeln des Strafgesetzbuches (StGB) nach Verurteilungsjahr [1999–2019]» sowie Tabelle «Jugendliche: Verurteilungen für eine Übertretung, ein Vergehen oder ein Verbrechen nach Artikeln des Strafgesetzbuches (StGB), nach Verurteilungsjahr [2020]»), wovon nicht alle die strengen Voraussetzungen der Verwahrung erfüllen dürften.

oder eine Massnahme verhängt. Neu muss zu einer Massnahme – unter der Voraussetzung des schuldhaften Verhaltens – zusätzlich eine Strafe angeordnet werden. Eine Unterbringung dauert in der Regel länger als der verhängte Freiheitsentzug. Wird die Unterbringung erfolglos abgebrochen, entscheidet die urteilende Behörde – unter Berücksichtigung der mit der Unterbringung verbundenen Freiheitsbeschränkung – über die Dauer der zu vollziehenden Freiheitsstrafe (siehe hierzu Kapitel 5.1). Mehr als zwei Drittel der damals befragten Fachpersonen schätzten diese konsequente Verrechnung eher negativ ein, und mehr als der Hälfte waren schon Fälle begegnet, bei denen Jugendliche durch ihr renitentes Verhalten eine Unterbringung hatten scheitern lassen, sobald die Dauer des verhängten Freiheitsentzugs erreicht worden war (vgl. Urwyler und Nett 2012: 128).

Die in der Evaluation befragten Expertinnen und Experten hatten noch verhältnismässig wenig Erfahrung mit den Neuerungen, die der Dualismus mit sich brachte (3–6 Fälle pro Jahr), und gingen davon aus, dass die Dauer der Unterbringungen konsequent an die Reststrafe angerechnet werden müsse (ebd.).

Wie in Kapitel 5.1 ausgeführt, unterliegt diese Anrechnung jedoch keinem Automatismus; vielmehr wird die Dauer der zu vollziehenden Reststrafe im Einzelfall durch die urteilende Behörde beurteilt. Eine klare Praxis dazu hat sich bisher nicht herauskristallisiert.¹⁴ Das Bundesgericht hat in einem Entscheid vom 6. September 2016¹⁵ festgehalten, dass bei einem Scheitern der Massnahme der auf den Freiheitsentzug anzurechnende Teil unter anderem aufgrund der Ursachen, die zum Scheitern geführt haben (z. B. Weigerungshaltung der oder des Jugendlichen während des Vollzugs der Massnahme) und der Aussicht auf Bewährung (Legal-/Bewährungsprognose¹⁶) der betroffenen Person zu bestimmen sei.¹⁷ Auch Riedo (2013) hält fest: «Wird die Unterbringung abgebrochen, weil der Jugendliche jede Kooperation verweigert hat, sollte er jedenfalls nicht mit einer vollständigen Anrechnung belohnt werden.»¹⁸

Dieser Ermessensspielraum der urteilenden Behörde scheint vor allem bei den Erziehungseinrichtungen kaum bekannt zu sein. Diverse gehen davon aus, dass die Dauer der Unterbringung vollständig an die Dauer des Freiheitsentzugs angerechnet werden muss. Andere sind der Meinung, dass die Gerichte ihre Empfehlungen zur Verrechnung zu wenig stützen. Deshalb müsste bezüglich der Praxis des Dualismus weitere Aufklärungsarbeit geleistet und die Arbeit der urteilenden, einweisenden und vollziehenden Behörden besser und transparenter aufeinander abgestimmt werden.

Die Empfehlung im Bericht, eine Schutzmassnahme statt bis zum damals geltenden 22. Altersjahr bis zum 25. Altersjahr vollziehen zu können (vgl. Urwyler und Nett 2012: 130), ist seit 1. Juli 2016 im JStG umgesetzt (Art. 19 Abs. 2 JStG). Eine Massnahme kann heute bis zum 25. Altersjahr vollzogen werden. So kann diese für 10- bis 14-jährige Jugendliche maximal 15 beziehungsweise 11 Jahre, für 15-Jährige längstens 10 Jahre und für 16-Jährige 9 Jahre dauern. Im Vergleich dazu ist die Dauer des Freiheitsentzugs bei einem 15-Jährigen auf ein Jahr und bei einem 16-Jährigen auf maximal vier Jahre beschränkt (Art. 25 JStG).

In Anbetracht der dominierenden positiven Einstellungen gegenüber Repression im öffentlichen Diskurs und der Tatsache, dass in den Medien der Schwerpunkt eher auf den Strafen

¹⁴ Zum Ganzen: Hug et al. (2019), Art. 32 JStG N 6, mit weiteren Hinweisen.

¹⁵ Vgl. BGE **142** IV 359 E. 2.4.

¹⁶ Vgl. Fussnote 9 und 32

¹⁷ Vgl. BGE **142** IV 359

¹⁸ Siehe Riedo (2013), N 1279

liegt, empfahl die damalige Evaluation, die Öffentlichkeit besser über die Ziele und Möglichkeiten des Jugendstrafrechts zu informieren (vgl. Urwyler und Nett 2012: 168 f.). Schutzmassnahmen müssen weiter erläutert werden, insbesondere hinsichtlich ihres Zwecks, ihrer Art und ihrer Dauer. So müsste beispielsweise die Tatsache hervorgehoben werden, dass eine Unterbringung mit einer Freiheitsbeschränkung einhergeht und sich eine solche über mehrere Jahre erstrecken kann. Eine Unterbringung wird von den Jugendlichen denn auch meist als einschneidender als ein Freiheitsentzug nach Artikel 25 JStG wahrgenommen, zumal sie sich in sozialpädagogisch geführten Institutionen mit der begangenen Tat und sich selber auseinandersetzen müssen.¹⁹ Diese Empfehlung der besseren Information könnte noch besser umgesetzt werden, da auch heute noch das Jugendstrafrecht von der Öffentlichkeit und teilweise auch von der Politik als zu milde eingestuft wird, obwohl eine Massnahme bis zu 15 Jahre dauern kann.

Evaluiert wurde auch die Anwendung von Mediationsverfahren (vgl. Kapitel 5.1.4), welchen eine hohe spezialpräventive Wirksamkeit zugeschrieben wird (vgl. Urwyler und Nett 2012: 159). Aufgrund der «Kann-Formulierung» würden diese zu wenig angewandt. Aktuelle Zahlen des BFS (vgl. Mediationen im Jugendstrafverfahren, BFS 2024) bestätigen dies. Der damalige Bericht empfahl, ein Obligatorium einzuführen, damit die zuständige Behörde in jedem Fall vorgängig prüfen müsse, ob eine Mediation möglich und sinnvoll sei (vgl. Urwyler und Nett 2012: 159). Diese Empfehlung wurde bisher nicht diskutiert. Es ist jedoch fraglich, ob ein solches Obligatorium zu mehr Anordnungen von Mediationen führen würde. Der Bundesrat ist vielmehr der Meinung, dass die Untersuchungsbehörden und Gerichte vermehrt die Anwendung von Mediationsverfahren prüfen sollten.

5.3 Wirkung jugendstrafrechtlicher Sanktionen

5.3.1 Einleitende Bemerkungen

Die Frage der Wirkung von jugendstrafrechtlichen Sanktionen wird im Folgenden aus zwei Perspektiven beleuchtet. Im ersten Teil wird gestützt auf die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse der Zusammenhang zwischen Strafandrohung und Deliktverhalten von Minderjährigen zusammengefasst. Im zweiten Teil wird auf die Frage der Wirksamkeit von Strafen im Hinblick auf die Rückfälligkeit von minderjährigen Täterinnen und Tätern eingegangen.

5.3.2 Zusammenhang zwischen Strafandrohung und Deliktverhalten

Aufgrund von tragischen Einzelfällen wird in der aktuellen kriminalpolitischen Debatte diskutiert, ob höhere Strafandrohungen zu einer Verringerung von Kriminalität führen würden. Diese Hypothese beruht auf der Annahme, härtere Sanktionen würden eine abschreckende Wirkung entfalten. Verschiedene Forschungsergebnisse zeigen jedoch ein anderes Bild:

- *Entdeckungsrisiko ist abschreckender als Strafandrohung*: Zahlreiche Studien belegen, dass hohe Aufklärungs- und Verurteilungsraten (also das Risiko, erwischt und verurteilt zu werden) abschreckend wirken, dass jedoch die Art der Strafe und die Härte des Urteils die Kriminalitätsentwicklung kaum beeinflussen.²⁰

¹⁹ Vgl. u. a. NZZ vom 14. März 2024 «Die Sanktionen sind alles andere als milde».

²⁰ Vgl. hierzu u. a. Medienmitteilung zu Studie von DIW Berlin: «Kriminalität: Aufklärung und Verurteilung schrecken ab...aber harte Strafen bringen nichts [...]», 12.3.2009, aufgerufen unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.96110.de/kriminalitaet_aufklaerung_und_verurteilung_schrecken_ab_aber_harte_strafen_bringen_nichts_diw_berlinlegt_umfassende_analyse_zu_40_jahren_strafrechtsreform_vor.html; Nagin (2013: 18 ff.); Bun et al. (2020: 2304 ff.); Heinz (2019: 1811 ff.).

- *Prävention durch Aufklärung und frühe Intervention wirken*: Ebenso ist belegt, dass präventive Massnahmen – etwa Aufklärung, soziale Kontrolle und frühzeitige Intervention – effektiver zur Vermeidung schwerer Straftaten beitragen als Strafverschärfungen (vgl. u. a. Ross et al. 2010: 17 ff.).
- *Begrenzte Wirkung von Strafandrohungen bzw. Strafandrohung wirkt bei bestimmten Delikttypen unterschiedlich*: Bei geplanten, kleineren Delikten kann eine Strafandrohung begrenzt abschrecken, während sie bei schweren, oft impulsiv (im Affekt) begangenen Taten nahezu wirkungslos bleibt (vgl. u. a. Guan und Lo 2022: 22 ff.).
- *Jugendliche Impulsivität bedeutet auch geringe Empfänglichkeit für Strafandrohungen*: Schliesslich zeigen neuere Befunde, dass insbesondere Jugendliche auf klassische Strafandrohungen kaum ansprechen, da ihre Taten häufig impulsiv erfolgen und ihre Fähigkeit zur Verhaltenskontrolle noch nicht voll entwickelt ist.²¹

Diese Feststellungen werden auch von der Praxis der Jugendstrafrechtspflege bestätigt.²²

5.3.3 Der Einfluss von Sanktionen auf Rückfälle Minderjähriger

Eine überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in der Schweiz kommt mit dem Gesetz nicht in Konflikt; zudem ist die Mehrheit der Jugendkriminalität bagatell- und episodenhaft. In aller Regel wachsen Jugendliche aus der Kriminalität heraus; sie werden reifer und hören von selbst auf zu delinquieren, sobald die Schule, die Berufsbildung oder eine Beziehung wichtiger werden.²³

Abgesehen von der in Kapitel 5.2 und 5.3 erwähnten qualitativen Analyse von Expertenmeinungen gibt es in den letzten 10 Jahren sowohl national als auch international keine quantitativ aussagekräftigen Studien zur Wirksamkeit von Sanktionen im Jugendstrafrecht. Dies erklärt sich auch dadurch, dass es von verschiedenen und schwer messbaren Faktoren abhängt, wie sich Jugendliche entwickeln.

Die Untersuchung der Frage, welchen Effekt jugendstrafrechtliche Sanktionen hinsichtlich der Verhinderung zukünftiger Straftaten (Rückfall) haben, ist aus folgenden Gründen komplex:

- *Dunkelfeld*: Nicht angezeigte Straftaten fliessen in keine Statistik ein.
- *Zusammenhang zwischen Sanktion und Wirksamkeit*: Ob die Legalbewährung²⁴ der oder des Jugendlichen auf die Sanktion oder aber auf andere Faktoren (z. B. Reifungsprozess) zurückzuführen ist, ist wissenschaftlich nicht untersucht. Die Frage, ob sie/er auch ohne Sanktion oder gerade wegen der Sanktion nicht erneut straffällig geworden wäre, ist denn auch schwierig zu untersuchen. Das Legalverhalten der oder des verurteilten Jugendlichen kann auch davon beeinflusst werden, wie sich die Jugendstrafbehörden, Sozialarbeitende und weitere involvierte Personen im Strafverfahren verhalten, wie die oder der Jugendliche dieses Verhalten wahrnimmt und welchen Eindruck weitere Handlungen, wie beispielsweise der Einbezug der Eltern, hinterlassen.

²¹ Vgl. hierzu u. a. Vertone et al. (2022: 9 ff.), sowie die Ausführungen auf S. 18 in diesem Bericht.

²² Siehe hierzu z. B. Sendung Radio SRF1, 20.05.2025, «Schweizer Jugendstrafrecht – Braucht es härtere Strafen für jugendliche Täter?»

²³ Siehe www.fuerslebegut.ch, «Jugendkriminalität – Mehr als neun von zehn Jugendlichen kommen nicht mit dem Gesetz in Konflikt», Fünf Erkenntnisse aus der Forschung von Dirk Baier, Leiter Institut für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW; Beitrag vom 10. Februar 2023.

²⁴ Legalbewährung bedeutet, dass ein verurteilter Straftäter (nach Verbüssung einer Sanktion) keine neuen Straftaten begeht, also nicht rückfällig wird.

- *Zeitliche Wirkung*: Eine Sanktion mag nach Ablauf einer längeren Zeit ihre Wirkung verlieren. Kommt es dann zu einem Rückfall, kann die Sanktion nicht pauschal als wirkungslos angesehen werden.
- *Definition von «Rückfall» und «Wirksamkeit»*: Die Definition dieser beiden Begriffe ist äusserst schwierig. Die reine Fokussierung darauf, ob eine jugendliche Person rückfällig wird oder nicht, greift zu kurz, da nicht nur die vollständige Verhinderung erneuter Delinquenz, sondern auch eine verminderte Straffälligkeit als Erfolg gewertet werden sollte. Dies ist z. B. der Fall, wenn ein Jugendlicher, der wegen eines Gewaltdelikts bestraft wurde, nicht einschlägig rückfällig wird, sondern lediglich einen Diebstahl oder eine Sachbeschädigung begeht. Schliesslich kann es auch als Erfolg gewertet werden, wenn eine jugendliche Person zwar erneut delinquent, sich aber dank einer Sanktion auf eine Beziehung zum Helfersystem einlässt und schrittweise soziale Kompetenzen wie beispielsweise Empathie aufbaut.²⁵

Aus diesen Gründen wäre eine Rückfallstudie im Bereich der Delinquenz von Jugendlichen ein ausgesprochen komplexes und aufwändiges Projekt und kaum nach wissenschaftlichen Kriterien durchführbar. Es ist fraglich, ob eine solche Studie überhaupt zielführende Aussagen über die Wirksamkeit von jugendstrafrechtlichen Sanktionen liefern könnte.

Auch ohne eine solche wissenschaftliche Datenauswertung erachten die in der Jugendstrafrechtspflege tätigen Praktikerinnen und Praktiker die im aktuellen Jugendstrafrecht zur Verfügung stehenden Instrumente als genügend und in hohem Masse wirksam. Sie lehnen denn auch eine Erhöhung der Strafandrohungen im Jugendstrafrecht als Massnahme zur Verminderung des Rückfallrisikos einhellig ab.²⁶

5.4 Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen

Täterinnen und Tätern, die schwere Delikte in den Bereichen Gewalt und Radikalisierung begehen, ist gemeinsam, dass sie wenig Zugehörigkeit, wenig Zukunftsperspektiven, wenig Ressourcen haben und ihr Umfeld sie zu wenig stützen kann. Für die Betreuung dieser Jugendlichen sieht das Jugendstrafrecht stationäre Massnahmen vor. Die Behörden der Jugendstrafrechtspflege stellen jedoch fest, dass es in vielen Fällen sehr lange dauert, einen geeigneten Vollzugsplatz für Massnahmen zu finden. Es besteht die Gefahr, dass verurteilte Jugendliche lange in Untersuchungsgefängnissen auf einen geeigneten Platz warten müssen. Aufgrund des Platzierungsdrucks werden sie zudem teilweise in ungeeignete Einrichtungen eingewiesen. Die betroffenen Einrichtungen werden dadurch überfordert.

Der Bund subventioniert gestützt auf Artikel 5 des Bundesgesetzes über die Leistungen des Bundes im Straf- und Massnahmenvollzug (LSMG; SR 341) jährlich mit rund 80 Millionen Franken Betriebsbeiträgen und 10 Millionen Franken Baubeiträgen Erziehungseinrichtungen und

²⁵ Zum Ganzen siehe Dölling 2019: 181 ff.

²⁶ Vgl. u. a. #prison-info 1/2024, das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug, «Es ist wichtig, dass wir kühlen Kopf bewahren»; NZZ vom 14. März 2024, «Die Sanktionen sind alles andere als milde»; www.unser-recht.ch, «Argumente gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts», Beitrag vom 3. September 2024; NZZ vom 7. Mai 2025, «Der Nationalrat will das Jugendstrafrecht verschärfen»; Tages-Anzeiger vom 16. Mai 2025, «Seltener straffällig – doch fast jeder Dritte ist unter 15 Jahre alt»; NZZ vom 19. Mai 2025, «Gefängnis verhindert keine Jugendgewalt»; Radio SRF1, Beitrag vom 20. Mai 2025, «Schweizer Jugendstrafrecht – Braucht es härtere Strafen für jugendliche Täter?»; Blick vom 24. Juni 2025, «Täterin (14) muss nicht in den Knast – sind wir zu lasch?»; Tages-Anzeiger vom 28. Juni 2025, «Ein Kind gehört nicht ins Gefängnis» – Auch nicht, wenn es jemanden umbringt?»; NZZ vom 30. Juli 2025, «Ein Gewaltexzess im Morgengrauen».

Massnahmenzentren für Minderjährige und junge Erwachsene in der Schweiz, die insbesondere stationäre vorsorgliche Massnahmen und Schutzmassnahmen vollziehen. Die zuständige Subventionsbehörde ist das BJ.

Sowohl vonseiten der urteilenden/einweisenden Behörden als auch vonseiten der Einrichtungen²⁷ wird der Vollzug der Massnahmen als immer anspruchsvoller eingestuft. Es müssen vermehrt schwer traumatisierte Jugendliche und/oder Jugendliche mit komorbiden psychischen Belastungen betreut werden. Die pädagogischen und therapeutischen Behandlungsmöglichkeiten müssen daher neu überdacht werden. Hinzu kommt eine Versorgungslücke im Bereich der geschlossenen Unterbringung, insbesondere für weibliche Jugendliche. Der gravierende Fachkräftemangel in der psychiatrischen Versorgung verschärft die gesamte Situation schliesslich deutlich: Selbst, wenn neue Angebote geschaffen würden, ist es unsicher, ob die benötigten Fachkräfte zur Verfügung stehen würden.

In diesem Sinne besteht nicht auf der gesetzgeberischen Seite, sondern vielmehr auf der Vollzugsseite ein Handlungsbedarf: Es braucht mehr und spezialisiertere Angebote.

Für die Planung neuer Angebote sind die Kantone zuständig. Neue Angebote sind meist kantonsübergreifend und teuer. Dies hindert einzelne Kantone daran, deren Aufbau und Grundfinanzierung zu übernehmen. Zwar trägt der Bund mittels der erwähnten Subventionen einen Teil der Kosten, die Hauptlast fällt aber in der Regel auf den Standortkanton. Zur Stärkung der interkantonalen Zusammenarbeit in der Jugendstrafrechtspflege hat die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) am 2. Mai 2025 die Schaffung einer interkantonalen Fachkonferenz der Jugendstraßbehörden befürwortet. Diese soll Entwicklungen beobachten und den Austausch über Best Practices fördern.

Mittels der Subventionierung von Modellversuchen gemäss Artikel 8 LSMG unterstützt der Bund bereits heute zudem die Entwicklung und Erprobung neuer Behandlungsansätze. Im Bereich der Minderjährigen wurden in den letzten Jahren beispielsweise die Modellversuche «ThePaS» und «Traumapädagogik» durchgeführt. Bei «ThePaS» ging es um die Wirkung eines Therapieprogrammes für jugendliche Sexual- und Gewaltstraftäter, bei der «Traumapädagogik» um die Einführung von traumapädagogischen Konzepten in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Aktuell läuft mit «E-Start Now» ein Versuch, eine App zur Emotionsregulation zu entwickeln.

Schliesslich übernimmt der Bund – konkret das BJ – im Sinne von Artikel 17 LSMG eine wichtige Rolle im Wissenstransfer oder in der Organisation von runden Tischen zur Bedarfsplanung. Schliesslich hat das BJ aufgrund seines Wissens über das Angebot und die Spezifitäten der Erziehungseinrichtungen der Schweizerischen Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege (SVJ) seine Unterstützung beim Case-Management für die Unterbringung von besonders anspruchsvollen Jugendlichen zugesichert.

²⁷ Siehe hierzu die beiden Artikel in der NZZ vom 28.2.2025 und 10.4.2025 über die Massnahmenzentren Utikon und Arxhof für junge Erwachsene und Jugendliche ab 16 bzw. 17 Jahren.

6 Frage nach der Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kindeschutzes

6.1 Geltende Regelungen

Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Zivilrechts und des Jugendstrafrechts ist in Artikel 317 Zivilgesetzbuch²⁸ und Artikel 20 Jugendstrafgesetz²⁹ geregelt, wobei die letztere Bestimmung die eigentlichen Regelungen dazu enthält.³⁰ Die Massnahmen des JStG entsprechen inhaltlich weitgehend den Kindeschutzmassnahmen gemäss ZGB.³¹ Dies ist sinnvoll, geht es doch auch im Jugendstrafrecht in erster Linie darum, (delinquierende) Jugendliche zu schützen (Art. 2 JStG).

Artikel 20 JStG legt fest, welche Massnahmen der jugendstrafrechtlichen und der zivilrechtlichen Behörde zur Verfügung stehen; gleichzeitig regelt die Bestimmung, welche Behörde tätig werden kann und soll:

- So kann die Jugendstrafbehörde bei der zivilrechtlichen Behörde (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) die Anordnung, Änderung oder Aufhebung von Massnahmen, für die sie nicht zuständig ist, beantragen (Art. 20 Abs. 1 Bst. a JStG). Sie kann beispielsweise den Entzug der elterlichen Sorge beantragen. In einem solchen Fall kann die Jugendstrafbehörde Vorschläge zur Person, die als Vormund ernannt werden sollte, unterbreiten oder die Ersetzung eines bereits amtierenden Vormunds beantragen (Art. 20 Abs. 1 Bst. b JStG).
- Die Jugendstrafbehörde kann, wenn dafür wichtige Gründe bestehen, der zivilen Behörde gar die Anordnung von Schutzmassnahmen³² übertragen (Art. 20 Abs. 2 JStG). Ein wichtiger Grund kann namentlich vorliegen, wenn auch für Geschwister, die keine Straftat begangen haben, Massnahmen zu ergreifen sind (Bst. a), wenn es notwendig erscheint, früher angeordnete zivilrechtliche Massnahmen fortzusetzen (Bst. b) oder wenn ein Verfahren auf Entziehung der elterlichen Sorge eingeleitet ist (Bst. c).
- Im Gegenzug ist die zivilrechtliche Behörde berechtigt, bei der Jugendstrafbehörde den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Schutzmassnahmen nach den Artikeln 10 und 12–19 JStG zu beantragen – allerdings nur dann, wenn sie im Interesse eines einheitlichen Vorgehens darauf verzichtet, selbst Massnahmen anzuordnen (Art. 20 Abs. 3 JStG).

Schliesslich teilen die Behörde des Zivilrechts und die Jugendstrafbehörde – sofern beide Behörden mit dem beziehungsweise der betreffenden Jugendlichen befasst sind³³ – einander ihre

²⁸ ZGB, SR 210. Artikel 317 ZGB lautet: «Die Kantone sichern durch geeignete Vorschriften die zweckmässige Zusammenarbeit der Behörden und Stellen auf dem Gebiet des zivilrechtlichen Kindeschutzes, des Jugendstrafrechts und der übrigen Jugendhilfe.»

²⁹ JStG, SR 311.1

³⁰ In Artikel 31 Jugendstrafprozessordnung (JStPO, SR 312.1) wird die Zusammenarbeit der Untersuchungsbehörde mit weiteren Behörden, Einrichtungen und Personen bei der Abklärung der persönlichen Verhältnisse der oder des beschuldigten Jugendlichen geregelt. Diese Zusammenarbeit ist hier nicht gemeint.

³¹ Aufsicht (Art. 12 JStG) – Erziehungsaufsicht (Art. 307 Abs. 3 ZGB), Persönliche Betreuung (Art. 13 JStG) – Erziehungsbeistandschaft (Art. 308 ZGB), Unterbringung (Art. 15 JStG) – Aufhebung des elterlichen Aufenthaltsbestimmungsrechts (Obhut) (Art. 310 ZGB) / Fürsorgerische Unterbringung (Art. 314b i. V. m. Art. 426 ff. ZGB)

³² Massnahmen nach Artikel 307 ff. ZGB, die sich inhaltlich zu einem grossen Teil mit den Schutzmassnahmen des JStG decken.

³³ Siehe Riedo (2013), N 878.

Entscheide mit, um die Zusammenarbeit zu koordinieren und Doppelspurigkeit zu vermeiden (Art. 20 Abs. 4 JStG).

Die Behördenzusammenarbeit zwischen Jugendstrafbehörde und zivilrechtlicher Behörde ist somit zumindest in den Grundsätzen formell bundesrechtlich geregelt. Gemäss Artikel 317 ZGB sichern die Kantone durch geeignete Vorschriften die zweckmässige Zusammenarbeit zwischen den Jugendstrafbehörden und den Akteuren im Kinderschutz. Einzelne Kantone haben Empfehlungen zur Klärung der Zusammenarbeit der Behörden des Zivilrechts und des Jugendstrafrechts ausgearbeitet.³⁴

6.2 Beurteilung

Das Postulat verlangt zu prüfen, ob die jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kinderschutzes zusammengeführt werden sollten. Im Gegensatz zu heute wäre damit nur eine Behörde für die Anordnung aller Massnahmen zuständig.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass ein derartiger Systemwechsel nicht zielführend wäre. Die vom Postulat in den Raum gestellte Möglichkeit der Zusammenführung könnte bereits an unterschiedlichen Vorstellungen zur Organisation in den Kantonen scheitern. Es ist daran zu erinnern, dass es bei der Revision des Jugendstrafrechts nicht gelungen ist, sich auf eine schweizweit einheitliche Behördenorganisation zu einigen. Die Kantone können zwischen dem Jugendrichtermodell und dem Jugendanwaltsmodell wählen (Art. 6 JStPO). Gleichzeitig liegt auch die Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden weiterhin weitgehend in der Kompetenz der Kantone. Der Bund macht nur minimale Vorgaben zur Organisation und insbesondere Zusammensetzung der Behörden (Art. 440 und 441 ZGB). Entsprechend ist die Behördenorganisation in beiden Bereichen je nach Kanton unterschiedlich umgesetzt. Und auch in der Praxis ist diese Zusammenarbeit unterschiedlich: Einige Kantone haben Leitfäden für diese Zusammenarbeit entwickelt, andere verfügen über keine Kooperationsregelungen.

Der Bundesrat erachtet es deshalb als sinnvoller, dass die Kantone in einem nächsten Schritt die bestehenden kantonalen Organisationformen analysieren, Best Practices oder allfällige Schwachstellen identifizieren und anschliessend gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge formulieren. Sofern bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sind, können ohne weiteres unterschiedliche Organisationsformen funktionieren, da der Erfolg eines bestimmten Modells von verschiedenen Faktoren abhängt: Neben den gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen spielen unter anderem auch die personellen und finanziellen Ressourcen, die Kompetenzen und Erfahrung der Mitarbeitenden, die Personalfluktuationsrate, das (fehlende) gegenseitige Arbeitsverständnis und die gemeinsamen Ziele eine Rolle. Es ist somit zu prüfen, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind und wie sie nötigenfalls verbessert werden könnten, damit die Zusammenarbeit zwischen den Jugendstrafbehörden und zivilrechtlichen Behörden innerhalb der bestehenden Organisationsformen weiter gefördert werden kann.

³⁴ Beispielweise Empfehlungen der Oberjugendanwaltschaft und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden des Kantons Zürich «Zusammenarbeit zwischen den Jugendanwaltschaften und den KESB», in Kraft per 1. Januar 2016.

7 Schlussfolgerungen des Bundesrates

Mit dem vorliegenden Bericht nimmt der Bundesrat in Erfüllung des Postulats von Ständerat Stefan Engler 23.3205 «Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität?» eine Bestandesaufnahme zu den Themen Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention vor.

Der Bericht zeigt auf, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in der Schweiz nicht straffällig wird, während umgekehrt ein Grossteil der Straftaten von einer kleinen Minderheit begangen wird. Jugendkriminalität hat zudem in den meisten Fällen einen episodischen Verlauf, das heisst, kriminelle Aktivitäten nehmen im frühen Jugendalter zu, erreichen ihren Höhepunkt in der mittleren bis späten Jugend und gehen danach deutlich zurück. Nur ein geringer Anteil der straffälligen Jugendlichen setzt sein kriminelles Verhalten bis ins Erwachsenenalter fort.

Während von 2009–2016 die Anzahl Minderjähriger, die der Begehung einer Straftat gegen das StGB bei der Polizei beschuldigt wurden, mit einem deutlichen Rückgang kontinuierlich sank und im Jahr 2016 der tiefste Wert zu verzeichnen war, stieg dieser Wert in den Folgejahren mit leichten Schwankungen wieder moderat an. Das Niveau von 2009 wurde jedoch nicht mehr erreicht. In den Jahren 2023 und 2024 zeigte sich eine leichte Stabilisierung. Setzt man die Anzahl beschuldigter Minderjähriger ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl, zeigt sich, dass im Jahr 2009 1,9 % der ständig in der Schweiz wohnhaften Minderjährigen von der Polizei wegen einer Straftat gegen das StGB beschuldigt wurden, im Jahr 2024 waren es 1,2 %. Der langfristige Trend weist auf eine Abnahme der Rate der minderjährigen Beschuldigten pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner hin, trotz kleiner Schwankungen in der zweiten Hälfte des Beobachtungszeitraums.

Prävention

Die Ursachen von Jugendkriminalität sind vielfältig und komplex; ein kriminelles Verhalten von Jugendlichen wird durch ein Zusammenspiel von individuellen, sozialen und strukturellen Risikofaktoren begünstigt. Die Prävention von Jugendkriminalität erfordert daher ein ganzheitliches und differenziertes Vorgehen. Es braucht einerseits Massnahmen, die sich an alle Jugendliche richten wie beispielsweise an Schulen durchgeführte Trainingsprogramme zur Förderung psychosozialer Kompetenzen, aber auch Massnahmen, die sich gezielt an Risikogruppen richten. Bei allen Präventionsbemühungen im Bereich der Jugendkriminalität gilt es, die Massnahmen der Akteure verschiedener Bereiche – wie beispielsweise Schule, Berufsbildung, Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei, Jugendanwaltschaft, sozialpädagogische Institutionen sowie (forensische) psychotherapeutische Einrichtungen – aufeinander abzustimmen und eng zu koordinieren. Die Zuständigkeit für die hier genannten Angebote liegt in erster Linie bei den Kantonen.³⁵

Der Bundesrat empfiehlt den Kantonen, die bestehenden Präventionsbemühungen in diesem Sinne weiterzuführen und gestützt auf Wirkungsanalysen weiterzuentwickeln.

³⁵ Siehe auch die Medienmitteilung des Bundesrates vom 13. Mai 2015 «Bundesrat will Jugendmedienschutz weiter stärken», in welcher er unter anderem über den Abschluss des Programms «Jugend und Gewalt» (2011–2015) informiert mit der Begründung, dass die Gewaltprävention eine Aufgabe von Kantonen, Städte und Gemeinden ist (<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-57226.html>).

Der Bund ist in der Prävention subsidiär tätig, indem er unter anderem Finanzhilfen ausrichtet an gesamtschweizerisch oder sprachregional tätige Organisationen, die entsprechende Präventionsmassnahmen umsetzen. So hat das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann von 2023–2025 gestützt auf Artikel 386 Absatz 4 StGB und die Verordnung über Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SR 311.039.7) das nationale Projekt «Freundschaft, Liebe und Sexualität ohne Gewalt» von Radix unterstützt, welches in Schulen und in ausserschulischen Institutionen Workshops durchführt, die es jungen Menschen ermöglichen, missbräuchliches Verhalten in Liebesbeziehungen zu erkennen, zu benennen und zu verändern. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) informiert mit seiner Nationalen Plattform «Jugend und Medien»³⁶ Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen unter anderem über Risiken der sexualisierten Gewalt via digitale Medien, um sie zu sensibilisieren und zu befähigen, Kinder und Jugendliche vor entsprechenden Gefahren besser zu schützen. In den Jahren 2024 und 2025 beschäftigt sich «Jugend und Medien» schwerpunktmässig mit dem Thema «Cyber-Sexualdelikte». Aus diesem Anlass beteiligt sich das BSV an der Sensibilisierungskampagne gegen Cybersexualdelikte der Stiftung Kinderschutz Schweiz in Zusammenarbeit und mit Unterstützung von weiteren Akteurinnen und Akteuren. Die Kampagne wurde Ende August 2024 lanciert und ist auf drei Jahre ausgelegt. Das BSV wird zudem gemeinsam mit den relevanten Akteuren prüfen, wie insbesondere das Schulumfeld mit konkreten Hilfestellungen und Instrumenten bei der Prävention von Mobbing und Cybermobbing unterstützt werden kann.³⁷ Schliesslich unterstützt das BSV gestützt auf Artikel 386 Absatz 4 StGB und die Verordnung über Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der Kinderrechte (SR 311.039.1) die Beratungsangebote «147.ch» der Stiftung Pro Juventute und «ciao.ch» des Vereins Ciao, an welche sich Kinder und Jugendliche, die von (potentiellen) Straftaten betroffen sind, wenden können.

Jugendstrafrecht und Sanktionenvollzug

Für den Umgang mit Fällen, bei denen es trotz aller Präventionsbemühungen zu Straftaten kommt, verfügt die Schweiz aus Sicht des Bundesrates mit dem Schweizerischen Jugendstrafgesetz über ein sehr taugliches Instrument: Straffällige Jugendliche werden, stets unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit, nicht nur und primär mit einer Strafe belegt, sondern es werden erzieherische und/oder therapeutische Massnahmen angeordnet, die die Jugendlichen von weiteren Delikten abhalten sollen. Solche Schutzmassnahmen wie Aufsicht, persönliche Betreuung, ambulante Behandlung oder Unterbringung in einer (offenen oder geschlossenen) Einrichtung werden altersabhängig mit Strafen, zum Beispiel Freiheitsentzug von bis zu vier Jahren, kombiniert. Die Verfahren finden unter Einbezug des Bezugsnetzes der Jugendlichen (Familie, Lehrpersonen, Lehrbetrieb etc.) und von Fachpersonen statt.

Es scheint dem Bundesrat wichtig, dass die kantonalen Jugendstrafbehörden die Öffentlichkeit und die Fachwelt noch besser über die Ziele und Möglichkeiten des Jugendstrafrechts informieren. Der Bund wird parallel dazu auch seine Informationen zum Jugendstrafrecht verbessern.

Darüber hinaus regt der Bundesrat an, dass die kantonalen Jugendstrafbehörden die Anwendung von Mediationsverfahren, welchen eine hohe spezialpräventive Wirksamkeit zugeschrieben wird, vermehrt prüfen. Diese scheinen nach wie vor nur selten durchgeführt zu werden.

³⁶ Siehe <https://www.jugendundmedien.ch/>

³⁷ Siehe Bundesrat (2025), Massnahme 8.

Zudem besteht seines Erachtens ein Handlungsbedarf beim Ausbau von geeigneten und spezialisierten Plätzen für besonders traumatisierte und/oder psychisch schwer belastete, mit wenig eigenen Ressourcen ausgestattete Jugendliche. Die Schaffung neuer Angebote liegt in der Kompetenz der Kantone. Zur Förderung des diesbezüglichen Austausches hat die KKJPD kürzlich eine neue Fachkonferenz gebildet. Der Bundesrat begrüsst dies.

Der Bund unterstützt gemäss LSMG die Kantone mit Bau- und Betriebsbeiträgen für Erziehungseinrichtungen sowie mit Finanzhilfen für Modellversuche. Im Rahmen der Modellversuche wird die Erprobung und wissenschaftliche Evaluation von innovativen Methoden im Straf- und Massnahmenvollzug gefördert, wie zum Beispiel die Entwicklung von Therapieprogrammen für jugendliche Sexual- und Gewaltstraftäter. Künftige Anstrengungen der Kantone, für ein ausreichendes und an die spezifischen Bedürfnisse der straffälligen Jugendlichen angepasstes Angebot zu sorgen, werden auch weiterhin vom Bund unterstützt.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung all dieser notwendigen Massnahmen bestehen auf Bundesebene. Der Bundesrat sieht deshalb zurzeit bezüglich des Jugendstrafrechts keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Jugendstrafrechts und des Zivilrechts

Die Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Behörden des Jugendstrafrechts und des Zivilrechts ist im JStG und im ZGB geregelt. Eine Zusammenlegung dieser Behörden scheint dem Bundesrat nicht sinnvoll.

Hingegen empfiehlt er den Kantonen, ihre Systeme zu analysieren (inklusive die jeweilige Ressourcensituation) und bei Bedarf Anpassungen der bestehenden kantonalen Regelungen zur Behördenzusammenarbeit vorzunehmen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit untereinander und mit den verschiedenen Akteuren (Gericht, Jugendanwaltschaft, Kinderschutzbehörden, Vollzugseinrichtungen, Eltern, Jugendliche) zu stärken.

Betäubungsmittelgesetz

Was Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz betrifft, so wurde das EDI im Rahmen des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 17.4076 Rechsteiner «Zukunft der Schweizer Drogenpolitik» am 28. April 2021 vom Bundesrat beauftragt, die Vor- und Nachteile der Bestrafung des Betäubungsmittelkonsums zu prüfen. Diese Prüfung ist derzeit im Gange, und die Veröffentlichung des Berichts des EDI (BAG) unter Einbezug des EJPD (BJ) ist für 2026 vorgesehen. Der Fokus liegt auf der Bestrafung von Erwachsenen. Analysiert wird aber auch die Zweckmässigkeit der Bestrafung von minderjährigen Betäubungsmittelkonsumierenden nach dem Jugendstrafrecht mit dem Grundsatz Erziehung vor Strafe.

Daten zu Jugendkriminalität

Schliesslich gilt es, die Entwicklung der Jugendkriminalität im Auge zu behalten. Das BFS wird weiterhin jährlich Daten zu den polizeilich registrierten Straftaten aufbereiten und veröffentlichen. Das Hellfeld hängt jedoch stark vom Anzeigeverhalten und der polizeilichen Kontrolltätigkeit ab. Damit allfällige Entwicklungen der Jugendkriminalität frühzeitig erkannt werden können, sind darüber hinaus regelmässige Dunkelfeldbefragungen wichtig. Der Bundesrat begrüsst entsprechende Studien Dritter.

Der Bundesrat unterbreitet den vorliegenden Bericht den eidgenössischen Räten und beantragt die Abschreibung des Postulats Engler Stefan 23.3205.

8 Literaturverzeichnis

- Aazami, Aida; Valek, Rebecca; Ponce, Andrea N.; Zare, Hossein (2023): Risk and Protective Factors and Interventions for Reducing Juvenile Delinquency: A Systematic Review. In: *Social Sciences* 12 (9), S. 474–491. DOI: 10.3390/socsci12090474.
- Agnew, Robert; Brezina, Timothy (2018): Juvenile delinquency. Causes and control. New York: Oxford University Press.
- Amin, Avni; Kågesten, Anna; Adebayo, Emmanuel; Chandra-Mouli, Venkatraman (2018): Addressing Gender Socialization and Masculinity Norms Among Adolescent Boys: Policy and Programmatic Implications. In: *Journal of Adolescent Health* 62 (3), S. 3–5. DOI: 10.1016/j.jadohealth.2017.06.022.
- Averdijk, Margit; Eisner, Manuel; Luciano, Eva C.; Valdebenito, Sara; Obsuth, Ingrid (2015): Wirksame Gewaltprävention. Eine Übersicht zum internationalen Wissenstand. Bericht im Rahmen des nationalen Programms Jugend und Gewalt. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen.
- Baier, Dirk (2019): Jugendkriminalität in der Schweiz: Entwicklung und Einflussfaktoren. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 30 (3), S. 214–223.
- Baier, Dirk (2021): Anstieg der Jugendkriminalität in der Schweiz: Was sind mögliche Gründe? Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW.
- Banyard, Victoria L.; Edwards, Katie M.; Rizzo, Andrew J.; Theodores, Matt; Tardiff, Ryan; Lee, Katherine; Greenberg, Patricia (2019): Evaluating a gender transformative violence prevention program for middle school boys: A pilot study. In: *Children and Youth Services Review* 101, S. 165–173. DOI: 10.1016/j.childyouth.2019.03.052.
- Basto-Pereira, Miguel; Farrington, David P. (2022): Developmental predictors of offending and persistence in crime: A systematic review of meta-analyses. In: *Aggression and Violent Behavior* 65, S. 1–11. DOI: 10.1016/j.avb.2022.101761.
- Bessler, Cornelia; Stiefel, Dorothea; Barra, Steffen; Plattner, Belinda; Aebi, Marc (2019): Psychische Störungen und kriminelle Rückfälle bei männlichen jugendlichen Gefängnisinsassen. In: *Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie* 47 (1), S. 73–88.
- Bliesener, Thomas (2021): Prävention von Jugendkriminalität. In: *RdJB - Recht der Jugend und des Bildungswesens* 69 (3), S. 293–310. DOI: 10.5771/0034-1312-2021-3-293.
- Bobbio, Antonella; Arbach, Karin; Redondo, Santiago (2020): Juvenile delinquency risk factors: Individual, social, opportunity or all of these together? In: *International Journal of Law, Crime and Justice* 62. DOI: 10.1016/j.ijlcrj.2020.100388.
- Braga, Teresa; Gonçalves, Leonel Cunha; Basto-Pereira, Miguel; Maia, Ângela (2017): Unraveling the link between maltreatment and juvenile antisocial behavior: A meta-analysis of prospective longitudinal studies. In: *Aggression and Violent Behavior* 33, S. 37–50. DOI: 10.1016/j.avb.2017.01.006.
- Bun, Maurice J. G.; Kelaher, Richard; Sarafidis, Vasilis et al. (2020): Crime, deterrence and punishment revisited. In: *Empirical Economics* 59, S. 2303–2333. DOI: 10.1007/s00181-019-01758-6.
- Bundesamt für Statistik (2024): Mediationen im Jugendstrafverfahren gemäss der Jugendsanktionsvollzugsstatistik, 2020 bis 2023

Bundesrat (2025): Stand der Umsetzung der Massnahmen des Bundesrates vom 19. Dezember 2018 und Follow-up der Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses vom Oktober 2021.

Cavanagh, Caitlin (2022): Healthy adolescent development and the juvenile justice system: Challenges and solutions. In: *Child Development Perspectives* 16 (3), S. 141–147. DOI: 10.1111/cdep.12461.

Dölling, Dieter (2019): Strafrechtliche Sanktionen und Rückfall. In: Axel Dessecker, Stefan Harrendorf, Katrin Höffler (Hg.): *Angewandte Kriminologie – Justizbezogene Forschung*, Band 36. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 181–189.

Dopp, Alex R.; Borduin, Charles M.; White II, Mark H.; Kuppens, Sofie (2017): Family-based treatments for serious juvenile offenders: A multilevel meta-analysis. In: *Journal of Consulting and Clinical Psychology* 85 (4), S. 335–354. DOI: 10.1037/ccp0000183.

Durkheim, Émile (1999): *Die Regeln der soziologischen Methode* (4. Aufl.). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Eifler, Stefanie; Schepers, Debbie (2018): Theoretische Ansatzpunkte für die Analyse der Jugendkriminalität. In: Bernd Dollinger und Henning Schmidt-Semisch (Hg.): *Handbuch Jugendkriminalität*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 219–240.

Flanagan, India M. L.; Auty, Katherine M.; Farrington, David P. (2019): Parental supervision and later offending: A systematic review of longitudinal studies. In: *Aggression and Violent Behavior* 47, S. 215–229.

Gordon, R. S. (1983): An operational classification of disease prevention. In: *Public health reports* 98 (2), S. 107–109.

Guan, Xin; Lo, T. Wing (2022): Proactive Criminal Thinking and Restrictive Deterrence: A Pathway to Future Offending and Sanction Avoidance. In: *International Journal of Environmental Research and Public Health* 19(18). DOI: 10.3390/ijerph191811636.

Haymoz, Sandrine (2022): Délinquance juvénile et prévention : entre défis et prudence. In: F. Genillod, M. Graf, S. Keller, N. Oberholzer und D. Fink (Hg.): *De la répression à la prévention : logiques antagonistes ou complémentaires ?* Basel: Helbing Lichtenhahn Verlag, S. 105–121.

Heinz, Wolfgang (2019): Sekundäranalyse empirischer Untersuchungen zu jugendkriminalrechtlichen Massnahmen, deren Anwendungspraxis, Ausgestaltung und Erfolg. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz.

Hug, Christoph; Schläfli, Patrizia; Valär, Martina (2019). In: Marcel Alexander Niggli und Hans Wiprächtiger (Hg.): *Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz*, Band II, 4. Aufl., Basel.

Livanou, Maria; Furtado, Vivek; Winsper, Catherine; Silvester, Annabelle; Singh, Swaran P. (2019): Prevalence of Mental Disorders and Symptoms Among Incarcerated Youth: A Meta-Analysis of 30 Studies. In: *International Journal of Forensic Mental Health* 18 (4), S. 400–414. DOI: 10.1080/14999013.2019.1619636.

Manzoni, Patrik (2020): Kriminalprävention. In: Jean-Michel Bonvin, Pascal Maeder, Valérie Hugentobler, Carlo Knöpfel und Ueli Tecklenburg (Hg.): *Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik*. Zürich: Seismo Verlag, S. 292–294.

Manzoni, Patrik; Haymoz, Sandrine; Biberstein, Lorenz; Kamenowski, Maria; Milani, Riccardo (2022): Jugenddelinquenz in der Schweiz: Bericht zu den zentralen Ergebnissen der 4. «International Self-Report Delinquency» Studie (ISR4). Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW.

Merton, Robert K. (2008): Sozialstruktur und Anomie. In: Peter Imbusch und Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Integration-Desintegration: Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften. Wiesbaden: VS, S. 251–266.

Moffitt, Terrie E. (1993): Adolescence-Limited and Life-Course-Persistent Antisocial Behavior: A Developmental Taxonomy. In: *Psychol Rev.* 100 (4), S. 674–701.

Moffitt, Terrie E. (2018): Male antisocial behaviour in adolescence and beyond. In: *Nature Human Behaviour* 2 (3), S. 177–186. DOI: 10.1038/s41562-018-0309-4.

Nagin, Daniel S. (2013): Deterrence in the Twenty-First Century. In: *Crime and Justice* 42 (1), S. 199–263. DOI: 10.1086/670398.

Oberwittler, Dietrich (2018): Jugendkriminalität in sozialen Kontexten - Zur Rolle von Wohngebieten und Schulen bei der Verstärkung von abweichendem Verhalten Jugendlicher. In: Bernd Dollinger und Henning Schmidt-Semisch (Hg.): Handbuch Jugendkriminalität. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 297–316.

Petit et al. (2024): Evidenzbasierte Suchtprävention im Setting Schule: eine Bestandsaufnahme. Beschreibung evidenzbasierter Massnahmen im internationalen Kontext und in der Schweiz. Lausanne: Sucht Schweiz.

Riedo, Christof (2013): Jugendstrafrecht und Jugendstraßprozessrecht. Basel: Helbing Lichtenhahn Verlag.

Ross, Andy; Duckworth, Kathryn; Smith, David. J.; Wyness, Gill; Schoon, Ingrid (2011): Prevention and Reduction: A review of strategies for intervening early to prevent or reduce youth crime and anti-social behaviour. Centre for Analysis of Youth Transitions, Department of Education.

Steketee, Majone; Aussems, Claire; Marshall, Ineke Haen (2019): Exploring the Impact of Child Maltreatment and Interparental Violence on Violent Delinquency in an International Sample. In: *Journal of Interpersonal Violence* 36 (13–14), NP7319-NP7349. DOI: 10.1177/0886260518823291.

Urwyler, Christoph; Nett, Jachen C. (2012): Evaluation der Wirksamkeit des neuen Jugendstrafgesetzes, Schlussbericht. Berner Fachhochschule Soziale Arbeit.

Vertone, Leonardo; Euler, Felix; Cavelti, Ladina; Stiefel, Dorothea (2022): Jugendliche Delinquente in der Schweiz. Mit multidimensionalem Ansatz zum Erfolg. In: *Swiss Archives of Neurology, Psychiatry and Psychotherapy*, S. 8–20.

Anhang

Anhang 1: Wortlaut des Postulats und Stellungnahme des Bundesrates

23.3205

Postulat Engler

Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität?

Wortlaut des Postulates vom 16.03.2023

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem detaillierten Bericht eine Bestandesaufnahme zu den Themen Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention vorzunehmen.

Er prüft insbesondere folgende Fragen:

- nehmen die von Minderjährigen in der Schweiz begangenen Straftaten und bezüglich welcher Delikte zu?
- in wievielen Fällen kommt es zu Verurteilungen und welche sind die ausgesprochenen Sanktionen (Strafen und Schutzmassnahmen)?
- werden Täter und Täterinnen immer jünger?
- lässt sich aus der Statistik eine Tendenz zunehmender Jugendgewalt auch in der Form von Cybermobbing, von Drogendelikten und von in Gruppen begangenen Straftaten herauslesen?
- wieso werden Jugendliche straffällig? Was für eine Rolle spielen Faktoren wie soziale Schicht, Urbanität, Geschlecht und Herkunft, Bildung und Arbeit und das Freizeitverhalten?
- wie wirken sich jugendstrafrechtliche Sanktionen hinsichtlich der Verhinderung zukünftiger Straftaten aus?
- welche sozialpolitischen Massnahme wirken präventiv? Bestehen Lücken in der Prävention?
- die Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kinderschutzes?
- besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Falls ja, in welchen Bereichen?

Mitunterzeichnende

Fässler Daniel, Rieder, Z'graggen (3)

Stellungnahme des Bundesrates vom 17.05.2023

Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zeigt, dass die Entwicklung der Anzahl polizeilich registrierter Beschuldigter unter 18 Jahren je nach Kriminalitätsbereich sehr unterschiedlich ist, demnach hat die Jugendkriminalität in den letzten Jahren aber nicht generell zugenommen. Mit der Publikation "Statistischer Rückblick auf die Jugendstrafurteile 1999–2019" des Bundesamtes für Statistik (BFS) (www.bfs.admin.ch > Statistiken finden > Kriminalität und Strafrecht > Strafjustiz > Jugendurteile) steht eine umfassende Analyse der statistischen Daten zur Entwicklung und Struktur der in diesen 20 Jahren ausgesprochenen Urteilen zur Verfügung. Mit der Zürcher Jugendbefragung 2021 (www.jacobscenter.uzh.ch > Forschung > z-proso

Gruppe > Die Zürcher Jugendbefragung) liegen zudem aktuelle Dunkelfelddaten zu Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999–2021 vor. Nachdem zwischen den beiden vorangehenden Befragungen 2007 und 2014 deutlich rückläufige Trends festgestellt wurden, steigt die Gewalterfahrung der Jugendlichen inzwischen wieder an.

Der im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BJ) von der Berner Fachhochschule erstellte Bericht "Evaluation der Wirksamkeit des neuen Jugendstrafgesetzes" (www.bfh.ch > Forschung + Dienstleistungen > Publikationen) hebt hervor, dass das Jugendstrafrecht von der Praxis als sehr gutes Instrument eingestuft wird und kein weiterer gesetzgeberischer Bedarf besteht. Aktuell wird der Vorschlag des Bundesrates zur Motion Caroni (16.3142 "Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen") in den Räten diskutiert. Auch im Rahmen dieses Prozesses haben die Jugendgerichte ihre Zufriedenheit mit dem bestehenden Jugendstrafrecht hervorgehoben. Die vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) finanzierte Studie zu "Wirksamer Gewaltprävention" (www.bsv.admin.ch > Sozialpolitische Themen > Kinder- und Jugendpolitik > Jugendschutz > Nationales Programm Jugend und Gewalt 2011–2015 > Handbuch Wirksame Gewaltprävention) beschreibt die aktuelle Praxis in der Schweiz und macht ebenfalls Aussagen zur Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Massnahmen. Insbesondere wird auf die positive Entwicklung beim Einsatz von kognitiv-verhaltenstherapeutischen Massnahmen verwiesen. Weiter hat auch die ZHAW in den letzten Jahren verschiedene Studien zu diesen Themen veröffentlicht (www.zhaw.ch > Departement wählen > Soziale Arbeit > Institute und Zentren > Institut für Delinquenz und Kriminalprävention).

Die Zusammenarbeit zwischen der Jugendstrafrechtspflege und des Zivilrechts ist auf rechtlicher Ebene in Artikel 20 des Jugendstrafgesetzes (SR 311.1) bereits geregelt. Jugendstrafrechtlich verurteilte und zivilrechtlich eingewiesene Jugendliche werden bereits heute gemeinsam in Einrichtungen stationär betreut, da im Jugendstrafrecht die Behandlung "des Täters, der Täterin" in den Mittelpunkt gestellt wird. Die entsprechenden Erfahrungen aus der Praxis sind positiv.

Im Bereich der Prävention von Jugendkriminalität hat der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen, Städten und Gemeinden von 2011 bis 2015 das gesamtschweizerische Programm "Jugend und Gewalt" durchgeführt. Mittels der Evaluation von bestehenden Massnahmen und der Unterstützung neuer Forschungsarbeiten und Modellprojekte im Bereich der Jugendgewalt konnte der Bund wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Gewaltprävention auf kantonaler und kommunaler Ebene geben. Nach Abschluss des Programms hat sich der Bund aus seiner unterstützenden Rolle zurückgezogen, da die Gewaltprävention eine Aufgabe von Kantonen, Städten und Gemeinden ist.

Angesichts der bereits bestehenden umfassenden Statistiken, dem Vorliegen diverser Studien zur Wirksamkeit der Sanktionen und der Prävention, der umfangreichen Aktivitäten des Bundes in der Gewaltprävention sowie der Zufriedenheit der Praxis mit den aktuellen Möglichkeiten im Jugendstrafrecht erachtet es der Bundesrat als nicht angezeigt, eine zusätzliche Bestandesaufnahme zu Jugendkriminalität zu erstellen.

Antrag des Bundesrates vom 17.05.2023

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Anhang 2: Detaillierte Zahlen zur Entwicklung der minderjährigen Beschuldigten – Vergleich zwischen den Jahren 2016 und 2024

Die in Kapitel 2.2.4 beschriebene allgemeine Entwicklung der Anzahl minderjährigen Beschuldigten von Straftaten gegen das Strafgesetzbuch wird nachfolgend präzisiert, indem auf die Entwicklung der einzelnen Straftaten genauer eingegangen wird:

Bei den **Straftaten gegen das Vermögen** verzeichneten folgende Straftaten zwischen 2016 und 2024 eine Zunahme von mindestens 100 minderjährigen beschuldigten Personen:

Straftat	Differenz 2016 / 2024	
	Anzahl Personen	Prozentualer Anstieg
Ladendiebstahl (Art. 139)	677	54,2 %
Raub (Art. 140)	342	116,3 %
Diebstahl ab/aus Fahrzeug (Art. 139)	308	320,8 %
Betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage (Art. 147)	259	297,7 %
Fahrzeugdiebstahl (Art. 139)	255	60,3 %
Sachbeschädigung im Zusammenhang mit einem Diebstahl (Art. 144)	244	25,6 %
Erschleichen einer Leistung (Art. 150)	177	272,3 %
Einschleichdiebstahl (Art. 139)	162	57,4 %
Fahrzeugeinbruchdiebstahl (Art. 139)	140	269,2 %
Nicht näher spezifizierter Diebstahl (Art. 139)	109	11,7 %
Einbruchdiebstahl (Art. 139)	100	14,5 %

Im Bereich der **Straftaten gegen Leib und Leben** ist ein Anstieg zwischen 2016 und 2024 von mindestens 100 minderjährigen Beschuldigten bei folgenden Straftaten zu beobachten:

Straftat	Differenz 2016 / 2024	
	Anzahl Personen	Prozentualer Anstieg
Tätlichkeiten (Art. 126)	418	54,9 %
Beteiligung Angriff (Art. 134)	228	82,3 %
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	155	271,9 %
Gewaltdarstellungen (Art. 135)	121	390,3 %

Bei den **Straftaten gegen die sexuelle Integrität** ist Pornografie (Art. 197) hauptsächlich für den Zuwachs der polizeilich registrierten Minderjährigen zwischen 2016 und 2024 verantwortlich (+ 823 Personen, + 287,8 %).

Straftat	Differenz 2016 / 2024	
	Anzahl Personen	Prozentualer Anstieg
Pornografie (Art. 197)	823	287,8 %

Im Bereich der **Straftaten gegen die Freiheit** sind mit einem Anstieg von mindestens 100 minderjährigen Beschuldigten zwischen 2016 und 2024 folgende Straftaten betroffen:

	Differenz 2016 / 2024	
Straftat	Anzahl Personen	Prozentualer Anstieg
Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit einem Diebstahl (Art. 139 i. V. m. Art. 186)	344	35,7 %
Hausfriedensbruch (Art. 186)	229	50,9 %
Drohung (Art. 180)	208	35,2 %
Nötigung (Art. 181)	177	155,3 %

Bei den **strafbaren Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- oder Privatbereich** ist die Zunahme der polizeilich registrierten minderjährigen Personen zwischen 2016 und 2024 hauptsächlich auf die Beschimpfung (Art. 177 StGB) (+426 Personen, + 67,6 %) zurückzuführen.

	Differenz 2016 / 2024	
Straftat	Anzahl Personen	Prozentualer Anstieg
Beschimpfung (Art. 177)	426	67,6 %